

Hefte aus Burgscheidungen

Erwin Krubke / Gerhard Mischel

„Formierte Gesellschaft“

„Idee“ und Wirklichkeit des Staatsmonopolismus
in Westdeutschland



141

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU – Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn – Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten.
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje – Eine Auseinandersetzung
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU
- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 99/100 Siegfried Welz: Auf Sand gebaut – Die amerikanischen „Europa“-Pläne nach 1945
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen

Hefte aus Burgscheidungen

Erwin Krubke / Gerhard Mischel

„Formierte Gesellschaft“

„Idee“ und Wirklichkeit des Staatsmonopolismus
in Westdeutschland

1965

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Inhalt

Vorwort	5
I. Monopole und Staat als fest formierte Einheit . .	7
II. Die Weltkonkurrenz der Monopole drängt ihre Staaten zum Kriege	22
III. Geeintes Volk zersprengt die reaktionäre Fessel der „formierten Gesellschaft“	43

Vorwort

Anläßlich des 20. Jahrestages der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus veranstalteten das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und die Akademie der Wissenschaften zu Berlin am 17. und 18. März 1965 in Berlin eine wissenschaftliche Konferenz zu dem Thema „Das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland“. Professor Dr. Alfred Lemnitz referierte zum Thema „Der staatsmonopolistische Kapitalismus – die Grundlage der politischen Reaktion und der militärischen Aggressivität Westdeutschlands“. Das zweite Referat, gehalten von Professor Dr. Otto Reinhold, beschäftigte sich mit dem Thema „Die Macht der Monopole und die Polarisierung der Eigentums- und Klassenverhältnisse im westdeutschen staatsmonopolistischen Kapitalismus“.

In unseren grundsätzlichen Aussagen über den Staatsmonopolismus in Westdeutschland stützen wir uns auf die in diesen Referaten vermittelten Erkenntnisse. Wir wollen sie dem Leserkreis der „Hefte aus Burgscheidungen“ nahebringen, weil wir davon überzeugt sind, daß im Kampf um die Lösung der nationalen Frage auch für den christlichen Demokraten eine genaue Kenntnis der derzeitigen Bewegungsformen des Kapitalismus von entscheidender Bedeutung ist.

Auf dem Bundesparteitag der Adenauer-CDU im März 1965 in Düsseldorf haben sich deren Führungskreise bei der Begründung ihrer antinationalen und antisozialen Politik immer wieder auf das Christentum und auf christliche Grundsätze berufen. In Wirklichkeit hat sich die Adenauer-CDU auch auf diesem Bundesparteitag als eine Partei im Dienst der Monopole erwiesen. Wolfgang Heyl hat in Heft 134 der „Hefte aus Burgscheidungen“ die Differenz zwischen den Worten und der Wirklichkeit der Politik der CDU/CSU auch am Beispiel dieses Parteitages nachgewiesen. Wir beschränken uns deshalb auf diejenigen Aussagen des Düsseldorfer Parteitages, die in unmittelbarem Zusammenhang mit unserem Thema stehen.

Schließlich wollen wir die Vermittlung grundsätzlicher Erkenntnisse über den Staatsmonopolismus verbinden mit Schlußfolgerungen für den politischen Kampf in Westdeutschland, wollen wir den Mitgliedern der Christlich-Demokratischen Union und darüber hinaus den parteilosen Christen eine Handreichung geben für ihre Arbeit zur Annäherung

zwischen beiden deutschen Staaten. Das Wesen der nationalen Frage kann nur verstehen, wer zu der Erkenntnis gelangt ist, daß der deutschen Nation Gefahr droht vor allem vom aggressiven deutschen Imperialismus, wer begreift, daß es folglich keine Wiedervereinigung zwischen einem staatsmonopolistischen Westdeutschland und der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik geben kann. Nur derjenige vermag den Westdeutschen Ratschläge zur Schwächung und Überwindung des westdeutschen Staatsmonopolismus zu geben, der dieses System in seinem Wesen begriffen hat.

Burgscheidungen, im Juli 1965

Die Verfasser

I. Monopole und Staat als fest formierte Einheit

In Westdeutschland ist der Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus vollzogen. Wir haben es dort nicht hin und wieder und nicht nur in Einzelfällen mit Erscheinungen des Staatsmonopolismus zu tun, sondern in allen Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens äußert sich der staatsmonopolistische Charakter.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus tritt nicht erst seit dem Ende des zweiten Weltkrieges auf, sondern in Einzelerscheinungen bereits mit der Herausbildung des Imperialismus um die Jahrhundertwende.

Lenin analysierte und charakterisierte den Imperialismus als das höchste Stadium des Kapitalismus. Trotz aller durchgängigen Prinzipien des Imperialismus, wie z. B. Sicherung höher Profite, Neuaufteilung der Welt, Vorbereitung von Kriegen mit Hilfe des imperialistischen Staates, unterscheidet sich der Staatsmonopolismus von heute gegenüber jenen Entwicklungsstadien, er hat sich über die früheren Stadien hinausentwickelt.

„Der gesellschaftliche Charakter der Produktivkräfte verlangt immer gebieterischer nach gesamtgesellschaftlichem Eigentum und entsprechender Planung, die Frage der Staatsmacht ist in den Mittelpunkt des Klassenkampfes gerückt, der Sozialismus entwickelt sich als Weltsystem und übt in wachsendem Maße Einfluß auf den Kapitalismus aus. Im ökonomischen Wettbewerb der beiden Systeme werden alle wirtschaftlichen Probleme zu erstrangigen Fragen der Politik, und für die Monopolbourgeoisie ist ein Primat der Politik über die Wirtschaft entstanden. Im historischen Prozeß sind diese Faktoren immer stärker wirksam geworden und haben die Monopolbourgeoisie dazu gezwungen, das Hauptinstrument ihrer Politik, den Staat, unmittelbar in die Wirtschaft einzuschalten und ihm zur Erhaltung ihres Profitsystems immer umfassendere ökonomische Funktionen zu übertragen.“¹⁾

Es handelt sich also beim gegenwärtigen westdeutschen Staatsmonopolismus um eine neue Art und Weise der Zusammenarbeit von Monopolen und Staat. Der Staat wird nicht mehr wie in der Vergangenheit von Fall zu Fall in Anspruch genommen, sondern er ist ständig, von vornherein für das Monopolkapital dienstbar und nützlich, nicht nachträglich, um etwa für diese oder jene Monopolvereinigung nur „Kastanien aus dem Feuer zu holen“. *Die Macht der westdeutschen Monopole und des westdeutschen Staates bildet eine fest verschmolzene, beständige Einheit, mit deren Hilfe die Monopolinteressen in einer völlig neuen Weise durchgesetzt werden.*

Die Gesamtheit der Monopolisten, vertreten durch ihre Unternehmerverbände — nicht der einzelne Monopolver-

¹⁾ Hemberger, H., u a.: Imperialismus heute — der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland, These 4, in: Einheit, Jg. 20 (1965), H. 1.

band —, beherrscht das gesamte Staatswesen; sie stellt ihrem Staat immer dringender und umfangreicher ökonomische Aufgaben, um z. B. im Zuge der technischen Revolution eine schnelle Entwicklung der Produktivkräfte zu erzielen, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu forcieren. Nicht mehr die Einzelbetriebe oder die einzelnen Monopolverbände sind die Träger des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, sondern der monopolistische Staat.

Wenn es darauf ankommt, besonders unmittelbaren Einfluß auf den Staat zu gewinnen, so müssen sich die Monopole die Exekutive gewogen und untertan machen. Diese Unterstellung des Staates unter die Monopole erfolgt — z. B. in den USA und in Westdeutschland — auf unterschiedlichem Wege. In den USA herrscht nach wie vor die Personalunion vor. In Westdeutschland unterhält der Verband der deutschen Industrie (VDI) ein Kontaktstellensystem zur Staatsexekutive, in dem allein 30 000 Angestellte mit gutem Grunde und zu profitablen Zweck beschäftigt werden.

Im ökonomischen Wettbewerb zwischen Sozialismus und Kapitalismus sind auch die Monopole gezwungen, alle Vorteile des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts zu nutzen. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt verändert auch das Wirtschaftsprofil und führt zu Strukturveränderungen in der Wirtschaft. Gewisse Industriezweige gewinnen an volkswirtschaftlicher Bedeutung (chemische Industrie); andere hingegen verlieren ihre bisherige gesamtwirtschaftliche Stellung (z. B. Steinkohlenbergbau an der Ruhr). Die durch solche Strukturveränderungen entstehenden Kosten — Stützung für absteigende Zweige und damit verbundene soziale Stützungsmaßnahmen — bürden die Monopole ebenso der Gesamtgesellschaft auf wie die enorm steigenden Kosten für die Forschung, auch für die militärische Forschung.

So erledigt gegenwärtig der westdeutsche Staat für die Monopole u. a. ein gewaltiges Atomforschungsprogramm, dessen Kosten vom Staate getragen, d. h. aus gesellschaftlichen Mitteln bestritten werden. Der Staat rechtfertigt dies mit seinem Verlangen nach „Sicherheit für alle“. So werden alle großen Investitionen, wie sie auch im Zuge der technischen Revolution bei Aufnahme der Produktion von neuen Entwicklungen erforderlich sind, als gesamtgesellschaftliches Interesse begründet. Die erzielten Profite aber kommen nach wie vor der privilegierten Klasse zugute. Davon zeugt auch die leidenschaftliche Diskussion um die einseitige Eigentumsbildung in Westdeutschland.

Schließlich kommt es den Monopolen darauf an, ihre Waren krisenfrei abzusetzen, und zwar zu einem Preis, der ihnen den Monopolprofit von vornherein und ständig sichert. Sonst wäre bei dem hohen Anlagevermögen eine erweiterte Reproduktion nicht möglich. Deshalb verlangen die Monopole von ihrem Staat, daß er ihnen den Markt bereitet. Das geschieht z. B. durch „Planifizierung“, Lizenzierungen, Lenkung der In-

vestitionen, Rüstungsaufträge, staatliche Exportförderung und -garantie und auch durch die Abschirmung ungünstiger sozialer Folgen, die durch Strukturveränderungen in der Wirtschaft entstehen.

Alle diese Leistungen des Staates erfolgen, wie bereits angedeutet, nicht mehr nur gelegentlich und für einzelne Monopole, sondern sie sind fester Bestandteil seiner Wirtschaftstätigkeit. Das imperialistisch-monopolistische System funktioniert nur noch, wenn der Staat ständig für die Monopole sorgt. Dabei ist der staatsmonopolistische Staat selbst zu einer ökonomischen Macht geworden. *Der Staat ist es, der den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß gewährleistet. Nicht „die Wirtschaft“ tut dies, sondern die ökonomische Tätigkeit des Staates.*

Staatsaufgabe ist es, die Interessen der Monopole zu steuern, und zwar in einem doppelten Sinne: deren Konkurrenz zu regulieren und ihnen zusätzliche gesellschaftliche Mittel aus der Umverteilung des Nationaleinkommens zu beschaffen, also zugleich die erweiterte Reproduktion des Monopolkapitals zu sichern.

Wir haben darauf hingewiesen, daß die technische Revolution eine Reihe von Problemen aufwirft, die eine gesamtgesellschaftliche Regelung erforderlich machen. Zugleich erinnern wir daran, daß das Privateigentum einst als einzig mögliche Form der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel galt. Der Konzentrationsprozeß der Produktion und des Kapitals beweist jedoch das Gegenteil. Es entwickeln sich Elemente, die dem Wesen des Privateigentums widersprechen, nämlich die staatsmonopolistischen Planifikations- und Regulierungsmaßnahmen. In der Tat stößt die wirtschaftliche Funktion des bürgerlich-kapitalistischen Staates nach wie vor auf Schranken, die durch das Monopolinteresse errichtet sind. Die Notwendigkeit der Sicherung hoher Profite löst zwar jene Wirtschaftsfunktion des bürgerlich-kapitalistischen Staates aus, bewirkt aber zugleich eine Verstärkung der Widersprüche im staatsmonopolistischen Regulierungssystem, eine Zunahme der Labilität des Kapitalismus.

Planung hat letztlich für alle nur einen Sinn, wenn sie zu aller Wohl erfolgt. Die staatsmonopolistischen Regulierungsmaßnahmen aber wollen das privatkapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln erhalten und die Ausbeutung im Interesse der Monopole steigern. Andererseits bedeutet jede Regulierung und Planung durch den Staat aus für die Monopole eine Einschränkung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der Verfügung darüber. Der Staat beginnt tatsächlich über dem Einzelbetrieb und dem einzelnen Monopol zu stehen, bleibt aber monopolistischer Staat und damit unter dem Kommando der Monopole, jedoch — wie wir bereits darlegten — unter dem Kommando ihrer Gesamtheit.

Das Bestreben, diesen Widerspruch zwischen der Erhaltung und der Beschränkung des Privateigentums an den Produktionsmitteln durch Einzelmaßnahmen im Rahmen der bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse zu lösen, hat man auch als „kalte Sozialisierung“ bezeichnet.

Man kann diesen Widerspruch auch so formulieren: Der staatsmonopolistische Kapitalismus bedient sich einer Reihe von Methoden und Formen, deren widerspruchslose Handhabung erst in der nächsthöheren Gesellschaftsformation, also unter sozialistischen Produktionsverhältnissen, möglich ist. Dieser Anachronismus in der kapitalistischen Entwicklung wird seitens des Staatsmonopolismus immer wieder benutzt, um Verwirrung zu stiften, indem z. B. jede Argumentation gegen den klassischen Kapitalismus und den klassischen Imperialismus, wie sie von Marx und Lenin erarbeitet und fixiert wurde, als überholt bezeichnet wird. Die Monopolkapitalisten stellen die These auf, daß es in Westdeutschland gar keinen Kapitalismus mehr gäbe, und wenn wirklich, dann handele es sich um einen verwandelten Kapitalismus, um eine völlig neue Gesellschaft, nämlich die moderne Industriegesellschaft.

Diese Theorien werden vornehmlich von einer westdeutschen Schriftenreihe verbreitet, die den Titel „Wege ins neue Jahrtausend“ trägt. Dort wird z. B. die Behauptung aufgestellt, daß der nichtsozialistische Staat plant – ebenso wie der sozialistische Staat. Die Planung stehe gewissermaßen als Notwendigkeit über jedem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Indem aber beide Systeme mehr und mehr in Befolgung der „Planungsgesetze“ einander annähern, entstehe die einheitliche „moderne Industriegesellschaft“ der Zukunft, die sich in ihrer Gesamtstruktur bereits abzeichne und gewissermaßen im gemeinsamen Schnittpunkt der beiden Planungsentwicklungen liegen soll. Oder es wird behauptet, daß sich der Kapitalismus selbst verschlungen habe und daß daher der klassische Kapitalismus tot sei.

Weiter wird behauptet, daß der staatsmonopolistische Staat über den Klassen stehe und zwischen den Monopolen auszugleichen habe. Auf dieser Linie liegt auch die These des Bundeskanzlers Erhard von einer „formierten Gesellschaft“ in Westdeutschland. Herr Erhard will damit den Eindruck erweckend, als sei entsprechend den christlichen Maximen – Brüderlichkeit und Nächstenliebe – das rechte Maß zwischen Bindung und Freiheit gefunden und damit verhindert, daß zahlenmäßig ausgesprochen schwache Gruppen die Mehrzahl der „Wirtschaftsbürger“ beherrschen.

In seinem Referat auf dem Bundesparteitag der Adenauer-CDU 1965 behauptete Erhard u. a., daß die Hauptaufgabe der CDU/CSU, den „unseligen Klassengegensatz“ zu überwinden, gelöst sei. Die westdeutsche Gesellschaft von heute sei keine Klassengesellschaft mehr. Die soziale Marktwirtschaft und das Programm „Wohlstand für alle“ seien Realitäten gewor-

den. Erhard räumte ein, daß die moderne Demokratie auf die Mitarbeit aller ihrer Gruppen angewiesen ist. Gleichzeitig setzte Erhard dieser modernen Demokratie Schranken. Demokratie, an der alle gesellschaftlichen Gruppen beteiligt sind, ist erwünscht, solange deren Machtausübung die der herrschenden Gruppe genehmen Grenzen nicht überschreitet.

Zur Begründung seiner „klassenlosen Gesellschaft“ führte Erhard an, daß sich alle diese Gruppen heute der Demokratie einfügten, daß keine mehr im Gegensatz zum Rechtsstaat und zur Verfassung stehe. Diese Gesellschaft sei keine Gesellschaft von kämpferischen Gruppen mehr. Sie sei im Begriff, Form zu gewinnen, d. h. sich zu formieren. „Aber auch in dieser formierten Gesellschaft werden die Gruppen die Parteien nicht ersetzen“, sagte Erhard. Die Mitarbeit der Gruppen in Erhards formierter Gesellschaft soll in erster Linie den Parteien überlassen bleiben, welche die Politik der Monopolgruppen gutheißen oder nicht wirksam bekämpfen. Andere Parteien sind bekanntlich durch Verbot (wie die KPD) oder durch raffinierte Wahlbestimmungen (5-Prozent-Klausel) vom parlamentarischen Mitbestimmungsrecht ausgeschlossen. Deshalb soll auch das Parlament mit Hilfe einer Art Parlamentsreform größere Vollmachten erhalten. Es besteht jedoch kein Zweifel darüber, daß die Konzerne die für ihre Zwecke geeigneten Vertreter nach wie vor in den Bundestag „hineinkaufen“ werden. Die Vorbereitung der Bundestagswahlen 1965 hat dafür wieder sprechende Beispiele in großer Zahl geliefert.

Die parlamentarische Demokratie darf nach Erhard nicht länger den „organisierten Interessen“ unterworfen sein; gerade der bewußte Schritt in eine „formierte Gesellschaft“ verlange die größere Autonomie des Parlamentarismus. Die Einsicht, daß die moderne Demokratie auf die Mitarbeit aller gesellschaftlichen Gruppen angewiesen ist, erscheint infolge der bezeichneten Einschränkungen demagogisch, heuchlerisch. Selbst die größere Autonomie des Parlaments scheint nicht sicher genug; denn immer gibt es „Einzelgänger“, die den Fraktionszwang durchbrechen und opponieren. Darum soll die Wirksamkeit des Parlaments vor allem über die Ausschussarbeit erhöht werden; denn hier sitzen die Fachleute. Aber gerade in den wichtigsten Ausschüssen sind die Konzernvertreter besonders stark konzentriert.

So sitzen im „Bundestagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten“ als Vertreter von Tyssen Dr. Kurt Birrenbach, von den IG Farben Dr. Eduard Wahl (CDU) und Dr. h. c. Alexander Menne (FDP), von den Kruppwerken Erik Bernhard Blumenfeld und als Vertreter der Junker die CDU/CSU-Exzellenz Herr Otto v. Bismarck. Im „Bundestagsausschuß für Wirtschaftsfragen“ agieren im Namen von Krupp Franz Josef Müser, vom Oetker-Konzern Dr. Alexander Elbrächter und vom Flick-Konzern das Präsidiumsmitglied des BDI Gustav Stein. Bezeichnenderweise

sitzen im Außenhandelsausschuß des Bundestages ebenfalls die Herren Dr. Birrenbach und Blumenfeld. Diese Vertreter von Krupp und Thyssen werden hier noch begleitet von Dr. Dichgans, einem Vertreter der Stahlindustrie, und Dr. Steinmetz, einem Vertreter der Chemiekonzerne. Auch der Finanz-, der Rechts- und der Verteidigungsausschuß sind von „Experten“ gleicher Art und gleichen Herkommens durch-
setzt.

Das Monopolkapital hat somit noch größere Möglichkeiten, seine Interessen „fachgerecht“ durchzusetzen. Die Interessen dieser „Volksvertreter“ stehen objektiv im Gegensatz zu den Interessen aller nichtmonopolisierten Schichten, stehen im Widerspruch zu den Interessen der Nation. Es ist nicht wahr, daß diese Gesellschaft nicht mehr aus Klassen und Gruppen besteht, die einander ausschließende Ziele durchsetzen wollen. Es ist nicht wahr, daß die gesellschaftlichen Gruppen der Bundesrepublik „fernab aller ständestaatlichen Vorstellungen ihrem Wesen nach lediglich kooperativ sind“, d. h. auf dem Zusammenwirken aller Gruppen und Interessen beruhen. Sie formiert sich auch nicht, wie Erhard behauptet, aus eigener Kraft, aus eigenem Willen, auch nicht aus der Erkenntnis und dem wachsenden Bewußtsein der gegenseitigen Abhängigkeit der „Gruppen“.

Das weist u. a. der bekannte westdeutsche Dramatiker Rolf Hochhuth im „Spiegel“ Nr. 22/1965 eindeutig nach. Er legt in seinem Artikel eindeutig dar,

- daß nur acht Konzerne schon 1958 wieder vier Fünftel der westdeutschen Roheisenproduktion, drei Viertel der Stahlproduktion und ein Drittel der Kohleförderung kontrollierten;
- Alfred Krupp in seinen bereits wieder 94 000 Beschäftigte umfassenden Betrieben weder das im Grundgesetz vorgesehene Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer praktiziere noch die von ihm eingegangene Verpflichtung, binnen weniger Jahre seinen Konzern zu entflechten, erfüllt habe;
- daß der Siemens-Konzern, der ebenfalls mit 150 000 Arbeitern und Angestellten (1957) zu den Mammutkonzernen gehört und der durch die Zusammenarbeit mit der SS in Auschwitz, wo der Siemens-Konzern ein Werk mit weiblichen Häftlingen eingerichtet hatte, riesige Profite verinnahmen konnte, weitgehend mit sehr wenigen anderen Giganten (AEG, Bosch, BBC und Philipps) den Elektromarkt beherrscht;
- daß drei Firmen der Autoindustrie – darunter der Flick-Konzern mit Daimler-Benz und Auto-Union – schon 1957 70 Prozen der gesamten Produktion bestritten, wobei heute der Produktionsanteil prozentual noch weit höher anzusetzen ist.

Seinem Artikel gibt Hochhuth die aufschlußreiche Überschrift: „Der Klassenkampf ist noch nicht zu Ende.“ Ein Bei-

spiel des modernen Klassenkampfes von oben schildert er in diesem Artikel so:

„Nun sind einige große Betriebe in Deutschland aus sehr egoistischen Motiven dazu übergegangen, ihren Arbeitern das Recht auf Pension – also auf einen betrieblichen Zuschuß zur staatlichen Rente – zuzuerkennen, weil diese Pensionskasse der Firma enorme finanzielle Rücklagen gestattet, mit denen sie arbeiten und die sie von der Steuer absetzen kann. Dieser Staat aber erlaubt, daß mit solchen Pensionsversprechungen die freie Wahl des Arbeitsplatzes hinfällig wird: hat einer zwanzig Jahre in einer solchen Fabrik gedient und will oder muß die Stellung wechseln, so erlischt sein Anspruch auf diese Pension bis zum letzten Groschen – obwohl, wie bemerkt, der Arbeitgeber zwanzig Jahre lang steuerlich begünstigte Investitionen, die sein Vermögen vermehren, für die Pension auch dieses Gekündigten vornehmen konnte. Da nur die wirtschaftlich starken Betriebe diese Pensionen anbieten können, so werben sie damit auch noch den finanziell schwachen Betrieben die Arbeiter ab – wieder nur eine Entwicklungsstufe auf der Treppe zur Bildung großer Konzerne, die die kleinen Firmen vernichten. Das Faustrecht, das der starke Boß gegenüber dem schwachen praktiziert, ist härter als jenes, das er in Zeiten der Vollbeschäftigung gegenüber den Arbeitern anwenden kan. Aber auch sie behält er durch das Pensionsversprechen wie Wachs in der Hand. Denn rechtlich bleibt diese Zusage unverbindlich, weil sich der Betrieb schlauerweise verbittet, daß der Arbeitnehmer zur Pensionskasse seinerseits, was er gern tun würde, einen finanziellen Zuschuß leistet. Diese Zugabe des Angestellten wird von der Firma nicht angenommen, damit sie jederzeit unter Hinweis auf eine (leicht herzustellende) Passivbilanz die Zahlung der in langen Jahren verdienten Pension verweigern kann.“

So sieht die formierte Gesellschaft Erhards aus, deren Klassengegensatz er in der Tat benötigt für eine „fordauernde Erhöhung der Leistung“ (sprich Ausbeutung), „die Sicherung einer expansiven Weiterentwicklung der Wirtschaft sowie für die Förderung und Nutzbarmachung des technischen und wissenschaftlichen Fortschritts“. Wie wenig gerade der arbeitende Mensch im Mittelpunkt der Überlegungen steht, beweist u. a. die Tatsache, daß auf dem Düsseldorfer Parteitag wenig über Sozialpolitik gesprochen wurde. Der betreffende Arbeitskreis war relativ schwach besucht. Ein Teilnehmer kam deshalb zu der Feststellung, daß das Desinteresse an sozialen Fragen auf dem Parteitag das gleiche sei wie im Bundestag.

Nach Herrn Erhards Feststellung, daß das Programm „Wohlstand für alle“ erfüllt sei, hielt man dies offensichtlich auch nicht mehr für nötig. Im Hinblick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen schien es wichtiger, Losungen, Schlagworte und Programme bekanntzugeben, die scheinbar neu, zugkräftig auf die Wählermassen wirken sollten. Zur Beruhigung des sogenannten Arbeitnehmerflügels der CDU/CSU erläuterte Erhard sein Programm des „deutschen Gemeinschaftswerkes“. Offensichtlich will Erhard mit diesem

Programm sein Selbstverständnis von einer Volkspartei mit neuen Vokabeln kundtun. Dieses Programm scheint – aber es scheint wirklich nur so – den Forderungen christlicher Maximen nach Anteil und Mitkontrolle am Eigentum zu entsprechen.

Die CDU/CSU veröffentlichte über Inhalt und Wesen dieses Gemeinschaftswerkes 17 Thesen. Die These 1 ist das Eingeständnis, daß die bisherige soziale Eigentumspolitik christlichen Maximen, wie den Gedanken der Nächstenliebe und des Gemeinsinns, widerspricht. Zugegebenermaßen regierte bisher der Egoismus; die persönliche Bereicherung stand im Vordergrund. Der „Wohlstandszunahme“ beim einzelnen Bundesbürger hielt die Entwicklung des „gemeinsamen Wohlstandes“ (Schulen, Krankenhäuser, Straßen usw.) nicht im gewünschten Maße stand. – Es erhebt sich in diesem Zusammenhang ganz allgemein die Frage, ob es unter kapitalistischen Bedingungen überhaupt einen „gemeinsamen Wohlstand“ – vergegenständlicht z. B. in Schulen, Krankenhäusern usw. – geben kann.

Das als „Erhard-Plan“ bezeichnete Programm soll, so gibt man vor, den individuellen und diesen angeblichen „gemeinsamen“ Wohlstand besser als bisher miteinander verbinden. Da es jedoch objektiv unter den Bedingungen einer Ausbeutergesellschaft keine Übereinstimmung zwischen gesellschaftlichem und individuellem Interesse geben kann, ist es zumindest für uns nicht verwunderlich, daß in der These 4 dieses Programms die Autostraße als das sinnfällige Beispiel der Verquickung von individuellem und „gemeinsamem“ Wohlstand genannt wird. In dieser „formierten Gesellschaft“ ist also die Autostraße, auf der schon einmal „die Räder für den Sieg rollten“, das typische Merkmal für den erstrebten Zusammenklang von individuellem und gemeinschaftlichem Wohlstandsinteresse. Natürlich dürfen im Frieden die Autobahnen zu privaten Autofahrten benutzt werden; aber es erhebt sich auch hier die Frage, ob sie nicht in erster Linie aus strategischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der Militaristen und Monopole heraus gebaut wurden und unterhalten werden. Deshalb erfahren solche Gemeinrichtungen jegliche Unterstützung und werden gegenüber den notleidenden Sozialeinrichtungen, wie eben den Schulen und Krankenhäusern, so sichtlich bevorzugt und als Paradeperle benutzt.

Die Mittel für dieses „Gemeinschaftswerk“ sollen aus Steuereinnahmen des Bundes und der Länder beschafft werden, die über die normale Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts hinausgehen. Die Mehranforderungen für den Haushalt 1966 betragen jetzt schon 10 Milliarden Westmark. Angesichts dieser Tatsache dürfte der für das „Gemeinschaftswerk“ erhobene Kapitalwunsch kaum ohne Steuererhöhungen zu erfüllen sein. Zusätzlich soll das „Gemeinschaftswerk“ durch „konsequent weiterzuführende Privatisierung von öffentlichem Wirtschaftsvermögen“ (Ausgabe von Aktien, auch Klein-

aktien) und „Kapitalmarktmitteln“ (Anleihen) finanziert werden. Diese Mittel und Methoden ähneln haargenau der einst von Schacht betriebenen Kriegsfinanzierung.

Widerständen gegen die weitere Privatisierung von Betrieben (z. B. Volkswagenwerk, Preußag und neuerlich VEBA) begegnet man damit, daß die Erlöse über das „Gemeinschaftswerk“ wieder der Gemeinschaft zugeführt werden. Diese beabsichtigte Maßnahme dient zugleich als Begründung für weitere Privatisierungen. Offensichtlich will man mit der Aufnahme von Anleihen für das „Gemeinschaftswerk“ dem Bundesbürger zugleich von der Tatsache ablenken, daß der Haushalt in immer stärkerem Maße für Rüstungsausgaben verwendet wird; denn dafür gibt der Durchschnittsbürger nach den bitteren Erfahrungen zweier Weltkriege nicht gern sein Geld hin.

Das „Gemeinschaftswerk“ verspricht, etwas für die Allgemeinheit zu tun. Damit scheint es verlockender. Je besser getarnt, desto sicherer können die Monopolkapitalisten ihre Militarisierung ohne großes öffentliches Aufsehen finanzieren. Die These 7 über das Gemeinschaftswerk verspricht, vornehmlich die Finanzierung öffentlicher Aufgaben, z. B. die des Bildungs-, Verkehrs- und Gesundheitswesens, zu fördern. Es soll aber nicht nur die Finanzierung gesichert, sondern auch eine gemeinsame und überregionale Programmierung der Gemeinschaftsaufgaben gewährleistet werden. Und darauf kommt es den Initiatoren des „Gemeinschaftswerkes“ an: Ein besonderes Verwaltungsorgan zu schaffen, mit dessen Hilfe sie die zur Verfügung stehenden Mittel nach eigenem Ermessen, d. h. im Interesse bestimmter Monopolgruppen, verteilen.

Nicht in die Länder, in denen die größten sozialen Notstände herrschen, werden die Mittel fließen, sondern dorthin, wo die Volksmassen im Interesse des „sozialen Friedens“ oder eines bestimmten Betriebsklimas „beruhigt“ werden müssen. Nicht zur Beseitigung des allgemeinen Bildungsnotstandes wird das „Gemeinschaftswerk“ dienen, sondern zur Ausbildung der Arbeitskräfte und jungen Wissenschaftler, die das Monopolkapital am dringendsten benötigt. Nicht dort werden Autostraßen gebaut, wo es die Länder oder Gemeinden im Interesse des zivilen Verkehrs verlangen, sondern dort, wo es den Vorwärtsstrategen am wichtigsten erscheint.

Die „Frankfurter Allgemeine“ gibt zu, daß das „Gemeinschaftswerk“ „institutionell ein Sonderdasein führt“. Es, d. h. das „Gemeinschaftswerk“, sei deshalb dem Zugriff der Subventions- und Geldverteilungspolitik entzogen. Mit dem „Sonderdasein“ würde aber gerade erreicht, daß Länder mit einer relativ progressiven Sozialpolitik, wie z. B. Hessen, weniger Mittel für die Fortsetzung ihrer sozialen Maßnahmen erhalten.

Welche besondere Bedeutung die CDU/CSU dem „Gemeinschaftswerk“ zumißt, geht aus der These 14 dieses Programms

hervor. Weil das „Gemeinschaftswerk“ als Kernstück der Finanzreform im Parlament beschlossen werden soll, müsse die CDU auch im nächsten Bundestag unbedingt die Führung behalten. Die SPD, so heißt es in der These, dürfe ihre Pläne für einen kollektivistischen Versorgungsstaat nicht durchsetzen.

Die Verabschiedung eines solchen Gesetzes würde bedeuten, daß weitere Milliarden Volkseinkommen, von den westdeutschen Arbeitern und Handwerkern geschaffen, einer gesellschaftlichen Kontrolle völlig entzogen sind. Ohne Schwierigkeiten ließen sich über diesen Weg die Ausgaben für den Rüstungshaushalt erhöhen. Und niemand könnte die Disproportionen zwischen den Haushaltsposten für die allgemeine gesellschaftliche Akkumulation und für die Rüstung mit dem „bloßen“ Auge erkennen.

Schließlich wird das Vorhandensein eines immer verfügbaren Kapitalfonds als günstige „Nebenwirkung“ empfunden. Mit einem solchen Fonds will man Schwankungen in der Konjunktur ausgleichen. Man kann Aufträge dorthin lancieren, wo es wegen „überhitzter Konjunktur“ (Krisenerscheinung) zu Profitschmälerungen kommen könnte. Zudem hat man einen weiteren Propagandaschlager. Dank des „Gemeinschaftswerkes“ werden den Arbeitern ihre Arbeitsplätze erhalten. Wer erinnert sich dabei nicht an den Göringschen Vierjahresplan und den damit verbundenen Bau strategischer Einrichtungen?

Dieses „Gemeinschaftswerk“ entspricht angeblich den Forderungen der Wissenschaft in idealer Weise. Es soll der Vervollkommnung der „formierten Gesellschaft“ in den nächsten dreißig bis fünfunddreißig Jahren dienen. *In Wirklichkeit entspricht es in geradezu idealer Weise den Bedürfnissen und Entwicklungstendenzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland.*

*

Vom Standpunkte der bürgerlichen Wirtschaftstheorie ist das „Gemeinschaftswerk“ eine sinnvolle Weiterentwicklung der „sozialen Marktwirtschaft“. Die soziale Marktwirtschaft ist nach Auffassung ihrer Träger die konkrete Erscheinungsform des Neoliberalismus, der an den Grundgedanken des Liberalismus festhält, aber alle seine Fehler, die er offensichtlich in der Vergangenheit beging, vermeiden will. Der ursprüngliche Grundgedanke des Liberalismus, für jeden Menschen die Möglichkeit zu freier Entfaltung in den unterschiedlichsten Lebensbereichen zu schaffen, ihn, den Menschen, aus jeglicher Art Bevormundung zu befreien, konnte schon im vormonopolistischen Kapitalismus nicht verwirklicht werden; in der heutigen westdeutschen Wirtschaft ist er ebensowenig Wirklichkeit wie das mit dem damaligen Liberalismus verbundene Leitbild der freien Konkurrenz. Freie Konkurrenz ist unvereinbar mit einseitigen Machtpositionen, wie sie sich

in der Macht weniger Monopole äußern. Die absolut ungleichen Startbedingungen sorgen dafür, daß die Möglichkeit zu freier Entfaltung nur für eine privilegierte Schicht Wirklichkeit wird.

Der Neoliberalismus weiß auch, daß man hinsichtlich der wirtschaftlichen Ordnung nicht alles dem Selbstlauf überlassen kann. Gerade darin will er sich vom klassischen Liberalismus unterscheiden. Er bemüht sich folglich, den Wettbewerb zu ordnen.

Bei Alfred Müller-Armack ist nachzulesen:

„Die marktwirtschaftliche Ordnung setzt, sofern sie von Dauer sein soll, gewisse Elemente einer zentralen Steuerung geradezu voraus. Es sind dies staatliche Maßnahmen zur Schaffung und Sicherung der Wettbewerbswirtschaft ...

Auch ist es marktwirtschaftlich unproblematisch, bestimmte Lücken der privaten Wirtschaft durch soziale Veranstaltungen auszufüllen. Sinn der sozialen Marktwirtschaft ist es, das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden. Primäres Koordinierungsprinzip soll der Wettbewerb sein. Der marktwirtschaftliche Einkommensprozeß bietet der Sozialpolitik ein ertragfähiges Fundament für eine staatliche Einkommensumleitung, die in Form von Fürsorgeleistungen, Renten und Lastenausgleichszahlungen, Wohnungsbauzuschüssen, Subventionen usw. die Eigentumsverteilung korrigiert.“²⁾

Ein solches theoretisches Programm erscheint, auch im Lichte christlicher Maßstäbe, zunächst recht plausibel, wenn nicht gar für den einen oder anderen bestechend. Das geplante „Gemeinschaftswerk“, eine praktische Variante dieser Theorie, macht jedoch die große Diskrepanz zwischen der Idee und der volksfeindlichen Wirklichkeit dieses Systems deutlich.

Wir wollen uns auch nicht mit der Feststellung begnügen, daß dieses Programm bis heute in Westdeutschland noch nicht einmal in seinen Ansätzen verwirklicht wurde. Vielmehr ist die Frage zu beantworten, ob sich unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland überhaupt Ideen über die freie Entfaltung des Individuums, Ideen über die Befreiung des Menschen aus jeglicher Art Bevormundung usw. verwirklichen lassen. Es ist zu fragen, ob es überhaupt möglich ist, mit Hilfe der Wirtschaftsfunktion des monopolistischen Staates die gesellschaftlichen Widersprüche zu beseitigen. Dabei hängt das Ausmaß der persönlichen Freiheit aller Staatsbürger davon ab, ob es gelingt, diese gesellschaftlichen Widersprüche zu lösen.

Der Grundwiderspruch des gesamten kapitalistischen Systems besteht bekanntlich darin, daß gesellschaftlich produziert und privatkapitalistisch angeeignet wird. Trotz aller Versuche, den Kapitalismus nicht als solchen, d. h. nicht als Ausbeutergesellschaft erscheinen zu lassen, kann dieser

²⁾ Alfred Müller-Armack, „Soziale Marktwirtschaft“, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 9, Göttingen 1956.

Grundwiderspruch letzten Endes und gänzlich nur dort aufgehoben werden, wo es zur Errichtung sozialistischer Produktionsverhältnisse gekommen ist.

Aus diesem Grundwiderspruch erklärt sich auch die Tatsache, daß der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit sich stets als Gegensatz zwischen den Interessen der Kapitalisten und denen der Arbeiterklasse, also als Klassengegensatz, erweist. Der Arbeiterklasse geht es nach wie vor, auch in Westdeutschland, grundsätzlich schlechter als der Kapitalistenklasse.

„Der Sozial- und Betriebsreferent der Deutschen Kolpingfamilie, Hans Deckers, warnte vor einer Ürbewertung des Anteiles der Arbeitnehmer am Wohlstand. Es sei ein Trugschluß, anzunehmen, die Arbeiter seien bereits in den Mittelstand aufgenommen worden. Tatsächlich habe sich wenig an dem Unterschied zwischen den Besitzern der Produktionsmittel und den Arbeitnehmern geändert. Die unterschiedliche Vermögensverteilung sei das Hauptmerkmal dieses Zwiespaltes. Immer wieder würden ‚neue Tricks‘ angewandt werden, um die Eigentumsbildung der Arbeitnehmer zu verhindern. Deckers sprach von der unfruchtbaren Kritik der Unternehmerverbände an den Eigentumsplänen; die Arbeitgeber würden mit ihrer Ablehnung ungläubwürdig. Der Ausbau der sozialen Sicherung bleibe nach wie vor notwendig. Es sei eine Forderung aus der Mottenkiste des 19. Jahrhunderts, im Hinblick auf die Wohlstandsentwicklung einen Teil der Arbeitnehmer aus dem sozialen Schutz herauszunehmen. Der Begriff der Schutzbedürftigkeit reiche heute für die soziale Sicherung nicht mehr aus.“³⁾

Bei den breiten Massen herrscht, gemessen an den Möglichkeiten, Kaufkraftmangel – ein Umstand, der sich auf den Widerspruch zwischen Produktion und Markt auswirkt. Dieser Widerspruch ist bekanntlich eine Erscheinung des kapitalistischen Grundwiderspruchs, die die Krise hervorbringt. Der Krisenzyklus wird vom fixen Kapital her bestimmt, also von den Investitionen. Die Investition allein aber macht den Widerspruch noch nicht wirksam. Erst wenn mit neu investierten Anlagen produziert wird, d. h. wenn diese marktwirksam werden, tritt – gemessen an der Kaufkraft der Massen – Überproduktion ein. Dieser Widerspruch wird mittels der Krise zeitweilig gelöst.

Im Grunde genommen ändert sich auch im Staatsmonopolismus daran nichts. Dennoch herrscht tatsächlich eine andere Lage in der Produktion, auf dem Gebiet der Investitionen und auf dem Markt. Das rührt daher, daß sich der Staat der Möglichkeit einer dreifachen Einwirkung bedient. Wie schon gesagt, ist es nicht nur Aufgabe des staatsmonopolistischen Staates, die Profiteinstreicherei überhaupt und mit Höchstmaß zu gewährleisten, sondern auch ihre Beständigkeit zu sichern. Hierzu unternimmt der staatsmonopolistische Staat folgende Deformationsversuche:

³⁾ in: „Handelsblatt“ vereinigt mit „Deutsche Zeitung“, Düsseldorf 1965, Ausgabe vom 4. März 1965.

Er beeinflusst den Markt für Produktionsmittel durch die Investitionen, z. B. auch durch die Vergabe von Rüstungsaufträgen. Er ordnet den Markt übersichtlich, er betreibt auf Staatskosten Markt- und Konjunkturforschung, deren Ergebnisse die Monopole gratis nutzen. Gelingt dem Staat die Marktregulierung nur mit Schwierigkeit, so ordnet er Produktionsdrosselung – wie z. B. im westdeutschen Steinkohlenbergbau – an und trägt die dadurch entstehenden Kosten; so hat nicht das Monopol den Schaden, sondern die Gesellschaft. In der gleichen Weise wird auch der offene Ausbruch der Agrarkrise vermieden, indem die landwirtschaftliche Produktion gedrosselt wird. Dabei verschwindet jedoch der Widerspruch zwischen Produktion und Markt keineswegs. Er wird verlagert und zeigt sich nun, statt in einer Überproduktion, in der Nichtauslastung der Kapazitäten.

Die durch Investitionen geschaffenen größeren Anlagen brauchen also nicht zur Überproduktion zu führen, weil gegebenenfalls die Produktion gedrosselt wird. Dennoch gibt der Staat ständig Investitionen ohne Rücksicht auf die Auslastung der Kapazitäten. Dieser Widersinn erklärt sich nur aus der staatsmonopolistischen Tendenz zum Kriege. Man muß Kapazitäten bevorraten, um für den in Aussicht genommenen Kriegsfall gewappnet zu sein.

Tritt trotz der Regulierung und Planifikation einmal eine zyklische Erscheinung auf, so vermag der Staatsmonopolismus dank der internationalen Verflüchtung auch hier deformierend auf die Krisenzyklizität einzuwirken, indem die Einheitlichkeit des Zyklus durch internationale Hin- und Herverlagerung ausgeglichen wird. Krise und Stagnation werden international kompensiert. Damit verschwinden die Widersprüche natürlich nicht. Das scheint nur so, weil sie nicht explosionsartig in Erscheinung treten, wie das beim spontanen Ausbruch einer Krise der Fall ist. Es gibt keine Hochkonjunktur, aber auch keine tiefe Krise, es herrscht immer Mittelkonjunktur oder anders ausgedrückt: immer regulierte Krise. Die Widersprüche zeigen sich jetzt vor allem in der Nichtauslastung der Produktionskapazitäten, in der unproportionalen Entwicklung der Wirtschaftszweige (die einen sinken ab, die anderen steigen auf), im Anwachsen der unproduktiven Ausgaben für die Rüstung und im Bestehen einer inflationistischen Tendenz auf lange Sicht.

Der Versuch der Imperialisten, die Widersprüche zu verdecken und wegzuorganisieren, ist Ausdruck ihres Bemühens, sich den neuen Bedingungen im Kampfe mit dem Sozialismus anzupassen und angesichts des derzeitigen Kräfteverhältnisses in der Welt ein Maximum an Möglichkeiten für die Monopole herauszuholen. Trotz allem kann nicht verdeckt werden, daß der Imperialismus von der Geschichte bereits überholt, nach Lenin der Vorabend der proletarischen Revolution ist.

Die Tätigkeit des westdeutschen staatsmonopolistischen Staates bleibt nicht begrenzt auf die Wirtschaft und gewisse Zweige der Politik. *Der Staat der Monopole ist ein totalitärer Staat, der alle Lebensbereiche in seine Regulation einbezieht.* Er beherrscht zum Teil in völlig neuer Weise und in völlig neuem Ausmaß die Innen-, die Außen- und die Kulturpolitik sowie überhaupt die gesamte Ideologie. Er handhabt ein perfektioniertes, alle Lebensbereiche umspannendes staatsmonopolistisches Beeinflussungssystem mit Hilfe der Presse, der Fernseh- und Rundfunkprogramme, der Produktionspropaganda und Marktreklame. Ein Hauptziel der Beeinflussung der Werk tätigen ist die soziale Demagogie. Sie gipfelt wie alle ideologischen und politischen Äußerungen der Vertreter des staatsmonopolistischen Systems in antisozialistischer, antikommunistischer, in Antisowjethetze. Um Illusionen über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie, über die Mitbestimmung der Werk tätigen, zu wecken und zu bewahren, wenden die Monopolisten nicht unerhebliche Mittel auf, um z. B. die Betriebssoziologie zu fördern. Brauchbare Methoden der Psychologie werden einer schlechten Sache dienstbar gemacht.

Das ungeheure Produktionstempo und die kaum vorstellbare Massensuggestion ist so menschenverschlingend, daß selbst westdeutsche Philosophen die Frage stellen, wo hier noch Individuelles, wo hier noch persönliche Freiheit für den Menschen der sogenannten freien Welt übrig bleibt. In der westdeutschen Zeitschrift „Radius“ (Heft 3/1963), einer Zeitschrift für protestantische Akademiker, schreibt Friedhelm Neidhardt in einem Artikel „Unsere Gesellschaftspolitik und ihre Stiefkinder“:

„Es gibt viele Bemühungen in unserer Gesellschaft, auch behördliche Anstrengungen, die alle Anerkennung verdienen. Indes, der Eindruck ist stark, daß unsere Gesellschaft und ihre Beauftragten noch nicht hinreichend wissen, um welchen Menschen es denn geht. Es scheint, daß ein Liberalismus auch in seiner Neofassung sich einen Bürger denkt, der nur als halber Mensch gelten kann, als ein Mensch, dessen wesentlichste Bestimmung in einen Privatbereich abgeschoben wird, der nun heute aber gar nicht mehr privat ist ... Und so muß es ihre Aufgabe (die der Gesellschaft, d. V.) sein, sich hier verantwortlich zu fühlen; sie muß ein sinnvolles Leben mit ermöglichen, und Gesellschaftspolitik darf dieses Ziel nie aus dem Auge verlieren ... Sinnvolles Leben muß sich vielmehr mit freigelassener Subjektivität verwirklichen. Staat und Gesellschaft sind im Bereich des Glaubens und der letzten Werte zu einem Maximum an Askese und zu höchster Toleranz verpflichtet. Die Forderung lautet darum: Selbstbestimmung des Bürgers. Selbstbestimmung des Bürgers ist nun noch nicht fertig mit Freiheit der Gedanken allein. Fehlt das Recht, die Einsicht auch auszutragen in der aktiven Gestaltung der Umstände, unter denen man lebt; fehlt das Recht, mit eigenem Vorsatz wirksam in dieser Welt zu sein, dann liegt die Erfahrung von Sinnlosigkeit immer noch und vielleicht sogar doppelt nahe ... Selbstbestimmung des Bürgers muß heißen: Mitproduzent der Geschichte sein. Die Möglichkeit zu dieser

nach außen tretenden Selbstbestimmung des Menschen ist weitgehend gesellschaftlich bedingt und abhängig von politischen Zuständen.“

Abschließend kommt Neidhardt zu der Feststellung, daß es Aufgabe echter Gesellschaftspolitik sein muß, dafür zu sorgen, daß sich der Bürger geschichtsgestaltend beteiligen kann. Er meint, daß diese Aufgabe echter Gesellschaftspolitik dort verfälscht sei, „wo sie den Menschen zum bloßen Konsumenten herunterdrückt, wo sie sich darauf beschränkt, ihm etwas für den Mund zu liefern, um ihn damit zu stopfen“.

In der Gewährung scheindemokratischer „Freiheiten“ (z. B. Abstimmung über die Einrichtung und Gestaltung des Arbeitsplatzes im Betrieb und Gewährung eines eingeschränkten bürgerlichen Wahlrechts) ist der Staatsmonopolismus recht großzügig. Nur echte Demokratie kann er in der Tat nicht gewähren. Hier besteht die Labilität seiner politischen Macht. Echte Demokratie, echte Selbstbestimmung der Bürger und echtes Mitbestimmungsrecht in den Betrieben ist für die Monopole ein Risiko. Deshalb wird echte Demokratie beharrlich zurückgedrängt und abgebaut. So schiebt sich das Monopolkapital an, mit Hilfe der Notstandsgesetzgebung auch die restlichen Freiheiten einer bürgerlichen Demokratie zu liquidieren.

Um so mehr sind die Volksmassen gezwungen, um den Erhalt selbst der bürgerlich-demokratischen Rechte zu kämpfen. Welche Möglichkeiten hierzu auch im perfektionierten Staatsmonopolismus noch offenbleiben, wird im letzten Abschnitt dieses Heftes näher dargelegt. Jedoch sei hier schon klar ausgesprochen, daß *der Kampf um die formale und darüber hinaus um die reale Demokratie heute in Westdeutschland unbedingt einschließt, nach ökonomischem Einfluß der breiten Massen zu streben und dadurch ökonomische Machtmittel für die Volksmassen zu erreichen und zu betätigen.*

II. Die Weltkonkurrenz der Monopole drängt ihre Staaten zum Kriege

Trotz allen Geredes der CDU/CSU ist Westdeutschland nach wie vor ein kapitalistischer Staat im imperialistischen Stadium. Der Imperialismus wird durch die fünf Begriffe Monopolbildung, Finanzoligarchie, Kapitalexport, Interessensphären und Weltaufteilung definiert. Während der Frühkapitalismus sich auf dem Boden des nationalen Marktes entwickelte, haftet dem Imperialismus unauslöschlich die Internationalität an. Schon das Monopol ist von seinem Wesen her keine nationale, sondern eine internationale Erscheinung. Wenn also der westdeutsche Staatsmonopolismus eine Formation des Imperialismus ist, so kann er an den Grenzen der Bundesrepublik nicht enden. Und in der Tat ist es ein weiteres wichtiges Merkmal dieses staatsmonopolistischen Systems, daß es sich über die Grenzen Westdeutschlands und der anderen imperialistischen Länder hinausentwickelt hat und in vielerlei internationalen Formen durchsetzt.

Für uns, die wir uns in einer qualitativ anderen, höheren Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung, nämlich im Sozialismus, befinden, ist es nicht schwierig, einzusehen, daß zwischen nationaler und internationaler Wirtschaft ein unausweichlicher, weil unaufhebbarer Zusammenhang besteht. Dieser Zug zur „Internationalisierung des Wirtschaftslebens“ besteht auch im Sozialismus und ist eben für ihn kennzeichnend. Und dennoch besteht hier wieder ein Wesensunterschied, den die Argumentation der CDU/CSU untergehen lassen will. Die sozialistischen Länder entwickeln sich nämlich nach dem sozialistischen Gesetz der planmäßigen, proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft. Im Bereiche des Imperialismus aber gilt unverändert das dieser Epoche eigene Gesetz der ungleichen Entwicklung der Länder im Kapitalismus.

Beiden objektiven Umständen, dem Problem „nationale Wirtschaft und Weltwirtschaftsorganisation“ sowie „Weltregulation und Anarchie der Staaten“, muß die staatsmonopolistische wissenschaftliche Theorie und politische Propaganda ihren Tribut zollen, was sich bisweilen sehr seltsam ausnimmt, weil es den Verteidigern des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems auch hier wieder darauf ankommen muß, einige für sie unaufhebbare Widersprüche zu verdecken.

Sowohl dem Wortsinn als auch seinem Wesen nach bedeutet Staatsmonopolismus die völlige und ständige Verschmelzung von Monopolen und Staat, und zwar zunächst nur in der Form, daß die Gesamtheit der „einheimischen“ Monopole mit „ihren“ Monopolverbänden und Dachorganisationen ihren „eigenen“, ihren „zuständigen“ Staat möglichst total beherrscht. In der Betätigung solcher „gemeinsamer Interessen“ soll ja auch das angebliche westdeutsche „Wirtschaftswunder“ geschaffen worden sein, gewissermaßen als etwas nur den

Deutschen Möglichen. Daher bezeichnet sich die CDU/CSU als Vorkämpferin für den „nationalen Wohlstand“, aber auch häufiger als Bringerin des „Wohlstands für alle“. Innenpolitisch sind diese „alle“ natürlich Ausbeuter und Ausgebeutete zusammengenommen. Aber wer sind diese „alle“ in außenpolitischer Sicht?

Während von dem Kapitalismus und der Ausbeutung angeblich in Westdeutschland „nur noch der Name geblieben“ ist, gibt man die ungleiche Entwicklung der Staaten im Kapitalismus unumwunden zu und spricht von „zurückgebliebenen“ und „unterentwickelten“ Ländern. Das macht sich im westdeutschen Sprachgebrauch gut; denn selbstverständlich ist die Bundesrepublik kein unterentwickeltes, sondern ein hochentwickeltes Land, das noch so ganz nebenher diesen Stiefkindern des Weltwirtschaftsglücks aus „christlicher Verantwortung“ und aus „christlicher Nächstenliebe“ völlig „uneigennützig“ Wirtschaftshilfe leistet. „Wohlstand für alle“ nimmt hier – allerdings nur in der breiten Propaganda – den altruistischen Charakter eines „Wohlstands für die anderen“ an.

In den Expertenkreisen, die natürlich auch hier wieder ihre dem staatsmonopolistischen Herrschaftssystem gemäße Rolle spielen, werden solche „Fragen von gemeinsamem Interesse“ allerdings etwas realpolitischer erörtert. In einer Arbeit von Gerhard F r i t z mit dem Titel „Entwicklungspolitik als Aufgabe“ und dem bezeichnenden Untertitel „Grundsätze, Maßnahmen, Vorschläge“ erscheint das „Primat der Politik“ in der Formulierung, daß jede „Wirtschaftshilfe letztlich eine Frage des politischen Entschlusses“ sei. Über die Art der politischen Entscheidung räumt Bundestagspräsident G e r s t e n m a i e r (CDU/CSU) jeden Zweifel beiseite:

„... bei aller Berechtigung, ja Notwendigkeit vernünftiger wirtschaftlicher Gesichtspunkte bleiben schließlich doch immer wieder für die Placierung unserer staatlichen Entwicklungshilfe politische, außenpolitische, weltpolitische Gesichtspunkte bestimmend. Auch daran erweist sich wieder, daß unsere Entwicklungshilfe eben primär eine Funktion unserer Außenpolitik sein muß.“⁴⁾

Die westdeutsche „Entwicklungshilfe“, die nur eine besondere Form des Aus-den-Grenzen-hinaus-Wachsens des Staatsmonopolismus unter anderen ist, wirkt nicht nur als politische Erpressung im außen- und weltpolitischen Rahmen, sondern auch als wirtschaftliche und wird von den davon „beglückten“ Staaten auch durchaus als solche entlarvt. So läßt sich die Bundesrepublik durch die VAR ihre Kredite mit 7 Prozent verzinsen, wozu Präsident Nasser erklärte: „Unter solchen Bedingungen können wir von allen europäischen Ländern Geld erhalten.“ Ja, die Bedingungen sozialistischer Geldgeber können sogar, wie die DDR bewiesen hat, wesentlich

⁴⁾ Westdeutsche „Entwicklungshilfe“ für politische Erpressung, in: DWI-Berichte, 16. Jg. (1965), H. 8, S. 8 (152).

entgegenkommender sein, weil sich mit ihnen keine politischen Erpressungen verbinden. Die CDU/CSU-Politiker indessen fordern immer wieder „eine gewisse Bevorzugung der Länder, die bereit sind, die Freiheit des Westens zu verteidigen“. Das beziehen sie vor allem auf Länder, die Verpflichtungen im NATO-Vertrag oder im Rahmen der EWG übernommen haben.

So wird die Zielsetzung dieser internationalen staatsmonopolistischen Tätigkeit insbesondere dadurch gekennzeichnet, daß aus diesem Grunde eine relativ hohe Hilfe durch Westdeutschland an die Türkei und an Griechenland, aber auch an Pakistan, Südvietnam und Südkorea gegeben wurde. Die VAR und andere antiimperialistische Staaten wurden nur deshalb bedacht, weil die einbringlich ausgegebenen Kredite politisch dahin wirken sollten, daß diese Staaten fest zur Hallstein-Doktrin halten; denn das ist die Bedingung sine qua non. Wie im Inneren die Wahlmandate zu 15 000 bis 50 000 DM gehandelt werden, so werden zu entsprechend größeren Preisen Versuche zum Kauf ganzer Länderregierungen unternommen.

Mit hohen und verhältnismäßig günstigen Krediten werden auch vor allem solche Länder bedacht, die, obwohl blockfrei, eben gerade deswegen zu Orientierungsländern für andere Staaten werden. Nach der westdeutschen Wägung der politischen Gewichte sind solche Staaten Indien, Ghana, Guinea, Tunesien und Tanganjika. Dagegen erhält ein solches zwar noch hilfsbedürftiges Land wie das auf den sozialistischen Weg getretene Kuba von Westdeutschland im Einvernehmen mit den USA keine Kredite, sondern wird mit Wirtschaftsboykott „bestraft“.

Wir haben hier die „Entwicklungshilfe“ vorweggenommen, weil sie am besten geeignet ist, zu zeigen, wes Geistes Kind die sogenannte Wirtschaftshilfe ist und welche Zwecke sie verfolgt. So versäumte es der hinlänglich bekannte Staatssekretär Vialon nicht, nochmals ganz deutlich zu erklären, daß westdeutsche Hilfe für die westliche Welt und für die Erhaltung und Ausbreitung „ihrer“ Ideale gegeben wird und daß der Bonner Staat für die Feinde dieser Ordnung und dieser Ideale keine Mittel übrighat.⁵⁾ Es geht also darum, die Doktrin des Staatsmonopolismus zu verbreiten, wo nur irgend möglich. Damit verfolgt der westdeutsche Staat gesamtimperialistische politische Interessen.

Diese versteht er mit einem möglichst hohen Eigennutzen zu verbinden. So orientiert er sich darauf, „seine“ Hilfe speziell und primär für die spezifisch eigenen Ziele, für „seine“ Staats- und Monopoliinteressen in „seinen“ Einflußsphären einzusetzen. Das erfolgt jedoch nicht etwa planlos in bezug zu den USA, dem Senior der Imperialisten. So gab der Juniorpartner Bundesrepublik 55 Prozent der westdeutschen Hilfe

⁵⁾ ebenda, S. 9 (153).

an Griechenland und an die Türkei zur Stärkung „seiner“ NATO, an Indien und Pakistan zum Erhalt der Hallstein-Doktrin und zur Wahrung des indischen Marktes. Nach Ostasien und Lateinamerika fließen Bonner Kredite weniger als nach seinen – auch militärischen – Interessensphären im Bereiche der NATO, Afrikas und des Nahen Ostens. Es ist also unschwer ein Zug staatsmonopolistischer Tätigkeit darin zu erkennen, daß die Finanzoligarchie den Kapitalexport in bestimmte Interessensphären zum Zwecke der militärischen und wirtschaftlichen „Durchdringung“ der Welt leitet und lenkt.

In der internationalen kapitalistischen Kooperation ist aber die Tätigkeit Westdeutschlands nicht etwa allein auf die Staaten der jungen Demokratie, die Entwicklungsländer, die blockfreien Staaten gerichtet. Diese Tätigkeit ergänzt nur – und zwar nicht unwesentlich – die Kooperation zwischen den führenden Staaten des imperialistischen Lagers, zu dem Westdeutschland gehört. Es wäre falsch, die internationale kapitalistische Arbeitsteilung und Kooperation ausschließlich als Antithese zur sozialistischen zu sehen, gab es erstere doch schon früher als letztere. Aber mit dem Entstehen der allgemeinen Krise des Kapitalismus durch die Bildung des sozialistischen Welt- und Weltwirtschafts-Systems gerieten der kapitalistische Weltmarkt und sein Weltsystem in eine Abwehrstellung. Er war gezwungen, den verbleibenden Markt und die verbleibenden Möglichkeiten immer besser zu nutzen und den internationalen Wettstreit aufzunehmen. Daher hat sich der Charakter der intrasystemaren kapitalistischen Kooperation von der zweiten zur dritten Etappe der Krise geändert.

Es kommt in unserem Zusammenhange daher darauf an, hier besonders darzutun, wie diese Veränderung in der Form der intrasystemaren Zusammenarbeit innerhalb des imperialistischen Lagers immer mehr dazu führt, der Art der intrasystemaren und auch intersystemaren Kooperation staatsmonopolistische Züge zu geben, wobei diese abwechselnd wirksam werden, indem die Außenpolitik die Innenpolitik und die Innenpolitik die Außenpolitik beeinflusst. Dabei erweist sich, was eben die CDU/CSU nicht wahrhaben will, daß die Innen- und die Außenpolitik, wie schon Lenin feststellte, immer zwei zugehörige Seiten ein und derselben Politik sind. Wenn der Charakter dieser „Außen- und Weltpolitik“, wie Herr Gerstenmaier graduell stufend ausführte, die Berücksichtigung seiner Meinung nach „vernünftiger“, also „staatsmonopolistischer“ Gesichtspunkte darstellt, so beweist das wieder einmal mehr, daß der gegenwärtige westdeutsche Staat eben doch ein kapitalistischer, imperialistischer, staatsmonopolistischer ist.

Die hier angedeutete unumschränkte Durchsetzung der Monopoliinteressen, die schon ihrer Herkunft nach, wie bemerkt, supra- und damit antinational sind (weshalb es eine contradictio in adjecto ist, wenn man von „nationalen“ Monopolen spricht), erfordert unbedingt das Übergreifen in den

internationalen Raum, in die Weltwirtschaft und Weltpolitik. „Politik der Stärke“ bedeutet in dieser Sicht und ungeachtet der militärischen Seite nichts anderes, als das nationale Potential bestmöglich in der Durchsetzung der internationalen Monopolinteressen in die internationale Waagschale zu werfen, wobei der Staat das Risiko für die Abenteuer der Monopole übernimmt. Noch genauer gesagt, werden ja dann infolge des staatsmonopolistischen Mechanismus die Folgen und Kosten der Abenteuer auf die breiten Massen der Bevölkerung umgelegt. Sie bezahlen die „Stärke“, die Abenteuer und den Krieg der Monopole.

Deshalb wäre die Schilderung der derzeitigen Bewegungsformen des Kapitalismus unvollständig, wenn wir den außenpolitischen Aspekt unberücksichtigt ließen; denn gerade auch er ist im Kampf um die Lösung der nationalen Frage von ebenso entscheidender Bedeutung wie der innenpolitische, zumal hier in der staatsmonopolistischen Praxis ein völlig „nahtloser“ Übergang besteht.

Ausgehend von der Kongruenz und Korrespondenz eines – nämlich des westdeutschen – Staates mit „seinen“ Monopolen stellten wir fest, daß z. B. im Zuge der „Wirtschaftshilfe“ bestimmte Monopole und ihre Interessen „ihre“ Staaten zusammenführen. Sprachlich geht es um „Gleichschaltung“ und „Integration“, um „wachsende internationale Verflechtung“. Dabei verfilzen sich Monopole und Staat, Staaten und Monopole, aber auch Monopole untereinander. Nach dem Einzelstaat wird der ganze Kontinent und von dort die ganze kapitalistische Welt kartellisiert und monopolisiert.

Das stößt auf den Widerstand der Verfechter des „Kapitalismus der freien Konkurrenz“ und führt zu den Forderungen nach Entkartellisierung in der Welt, nach Freihandel und Freiheit der Meere. Aber es ist eine unumstößliche Tatsache: Die Zeit des Blühens dieser Ideale ist für immer dahin. Wenn sich auch innerhalb des kapitalistischen und imperialistischen Lagers die Maximen des Staatsmonopolismus noch nicht so voll durchgesetzt haben wie eben beispielsweise im Innern des westdeutschen Staates, so sind sie in den drei Etappen der allgemeinen Krise doch immer mehr in die Vorhand gelangt. Im folgenden wollen wir uns also für die Frage interessieren: Wie vollzog und vollzieht sich diese internationale Ausweitung des staatsmonopolistischen Systems, wie ergab sich die Liiierung von Staat – Monopol – Monopolstaaten, wann gedeiht sie, und in welchen Formen äußert sie sich?

Dabei kommen wir auf Grund der Tatsache, daß im Imperialismus die Welt aufgeteilt ist, sehr schnell zu der Erkenntnis, daß die Außenpolitik des Mächtigeren ganz nahtlos zur Innenpolitik des Schwächeren wird und werden muß. So ergab sich die Verstärkung des Monopolismus nach dem ersten imperialistischen Weltkrieg im „souveränen“ Deutschen Reich

als Ergebnis eines Ringens der einheimischen und ausländischen Imperialisten. (Diese Verflechtung von außen- und innenpolitischen Potenzen wiederholte sich für den deutschen Imperialismus analog, aber in noch heftigerem Maße nach dem zweiten verlorenen Weltkrieg, wie wir noch näher sehen werden.)

Nachdem damals die in Deutschland ansässigen Konzerne mit Hilfe der Inflation, eines ganz typischen staatsmonopolistischen Betrugsmanövers, ihre Schulden „abgestoßen“ hatten und es mit der Stabilisierung der Währung, aber auch der Ausbeutungsverhältnisse zur „relativen Stabilisierung des Kapitalismus“ brachten, erhöhte sich für sie nunmehr die Gelegenheit, ausländische Kapitalexporthureure für den Geldimport nach Deutschland zu interessieren.

Mit Hilfe der Dawes- und Young-Anleihen verschafften sie sich – so wie späterhin mit dem Marshall-Plan – in allerengster Liiierung die Mittel, die nötig waren, um ihre Betriebe auf damaliges Höchst- und Weltniveau zu modernisieren und auszurüsten.

Uns interessiert an dieser Reminiszenz lediglich das ganz offene Hervortreten einiger staatsmonopolistischer Aspekte bei diesen Kapitalmanipulationen: Die politischen Schulden, die von Staat zu Staat bestanden, wurden in wirtschaftliche Schulden umgewandelt, als ob sie privatkapitalistisch zwischen Geldgebern und Geldnehmern entstanden wären. So wurde es als Parallele zur innerstaatlichen Reprivatisierung möglich, international einheimische Monopolbetriebe an ausländische zu „verpfänden“.

Wie sich in der innerstaatlichen Praxis die Reprivatisierung lohnt, so machte sich das „persönliche Opfer“ der Konzerne für den „notleidenden Staat“ dann für die Opferlämmer sehr bezahlt, führte doch der solchermaßen in Gang gekommene Kapitalex- bzw. -import bei den sich „aufopfernden Monopolfirmen“ zu solcher Kapitalkonzentration, daß es ihnen nunmehr möglich war, müheles und stufenweise in die führende internationale Monopolverflechtung einzutreten.

Verfolgen wir dieses Hinauswachsen der Monopole zur Zeit der Weimarer Republik noch etwas näher und bis zum heutigen Stand:

a) Im Jahre 1925 kam es in der aufstrebenden Chemieindustrie zum Zusammenschluß in einer Interessengemeinschaft (!), dem IG Farben-Konzern. Mit dem Zusammenschluß kontrollierte dieser führende Wirtschaftszweig zu 100 Prozent die deutsche Teerfarben- und Sprengstoffindustrie, die Heilmittelherstellung im Deutschen Reich zu 90 Prozent und die Herstellung synthetischen Benzins zu 100 Prozent. Das bedeutete nach damaligen Verhältnissen zugleich die Kontrolle der Welterzeugung zu 75 Prozent. Es ging also jetzt um die Einfügung der restlichen 25 Prozent der Welterzeugung. Der nächste Schritt hierzu war das 1927 gegründete Europa-Far-

ben-Kartell. Schließlich wurde die Weltkontrolle erungen, als aus den USA die Du-Pont-Gruppe sowie die Standard-Oil und die englische Royal Shell sich mit der IG Farben in einem Welttrust ohne Weltfirmierung zusammenfanden.

- b) Im Jahre 1926 kam es in der für die Rüstung immer bedeutender werdenden deutschen Stahlindustrie zur Gründung eines anderen riesigen Konzerns, der „Verinigten Stahlwerke“, die einen großen Teil der deutschen Schwerindustrie beherrschten. Noch im gleichen Jahre versuchten sie den nächsten Schritt zur „Internationalen Rohstahlgemeinschaft (IRG), die ein Produktionsquotensystem, eine Investzentralisation und eine Kontrolle der inneren und äußeren (!) Märkte erstrebte, aber infolge innerer Machtkämpfe im Zeichen der Weltwirtschaftskrise nicht erreichte. 1933 entstand als Nachfolgeorganisation die „Internationale Rohstahlexportgemeinschaft“ (IREG), die sich, wie schon der Name sagt, nur auf den Absatz konzentrierte. Aber später ging auch sie zur gegenseitigen Gebietszusicherung, zur Exportquotenverteilung und zur internationalen Preisfestsetzung über, womit 90 Prozent der damaligen Weltstahlerzeugung unter Kontrolle gebracht waren. Den Rückschlag durch den zweiten imperialistischen Weltkrieg überwand man sehr schnell und begründete über die Montan-Union praktisch nunmehr die ehemals fehlgeschlagene IREG. Die Geheimabkommen von 1952 wurden aber schon 1953 durch amerikanische und englische Zeitungen entlarvt und die Klage erhoben, daß unzulässigerweise das „Stahlkartell der Vorkriegszeit“ erneuert worden sei. Seit 1954 ist England mit den „Rechtsbrechern“ assoziiert und trat der „Brüsseler Stahlexportkonvention“ bei, die ihrerseits ein Weltmonopol darstellt, da sie auch die USA und Japan einbezieht und heute fast 100 Prozent der nichtsozialistischen Weltstahlerzeugung kontrolliert.

Wenn auch Staat und Monopole vorgeben, mit dem Volke zusammen eine „Schicksalsgemeinschaft“ zu bilden, gemeinschaftlich im Boote des Nationalstaates zu sitzen, so zeigt sich doch im „Wohlergehen“ wie im „nationalen Unglück“, daß im Endergebnis das „Geschick“ des jeweils mißbrauchten Volkes keineswegs mit dem der Monopole übereinght. Die Verarmung des einen dient im Gegenteil der Bereicherung der anderen. Während das deutsche Volk in der Zeit der faschistischen Diktatur und des zweiten Weltkrieges die größte Katastrophe seiner Geschichte durchlebte, hatte der Krieg den Monopolen allein durch die Rüstung 445 Milliarden Mark Profit gebracht. Die anschließende Selbstrettung der Monopole und ihrer Profite war nur möglich, weil die Monopole eben *supra- und antinational* sind.

Betrachtet man die mit obigen Machtkonzentrationen geschaffenen Verhältnisse, so ist leicht einzusehen, daß es niemals einen neuerlichen Krieg hätte geben können, wenn nicht dieser im Interesse dieser Monopolvereinigungen gelegen hätte. Man erhält gleichermaßen gute Einblicke in die Verfahrensweise dieser unverantwortlichen Welthasardeure, wenn man durchleuchtet, wie sie die Welt in den Krieg stürzten oder wie sie sich aus ihm herausretteten. Betrachten wir das letztere im Hinblick auf den zweiten Weltkrieg.

Die „deutschen“ Monopole wurden auf die Kriegsverbrecherliste gesetzt. Das verlangten die Völker und die sozialistische Sowjetunion, die die Hauptlast des Krieges hatten tragen müssen. Im Potsdamer Abkommen vereinbarten die Staaten „die Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolorganisationen“. Die neugeschaffene Verfassung des Landes Hessen sah daraufhin die Enteignung solcher Monopolbetriebe vor und erhielt in „freien Wahlen“ eine Unterstützung durch 91,7 Prozent der Wähler. Aber der USA-General Clay, ein Retter der Monopole, verbot die Sozialisierung.

Am 22. Oktober 1946 forderte Bevin im englischen Unterhaus die Verstaatlichung der Schwerindustrie im Ruhrgebiet, und 1948 nahm der Landtag von Nordrhein-Westfalen ein entsprechendes Sozialisierungsgesetz an, gegen das der „Staat“ Großbritannien trotz seiner „Arbeiterregierung“ intervenierte. Die in Kavalierschaft genommenen IG-Direktoren hatten also die interkartellare Lage ganz richtig beurteilt:

„Sobald unsere Geschäftsfreunde aus den USA und England eintreffen, wird die Untersuchung gegen uns eingestellt.“⁶⁾

Und in der Tat wimmelte es im Apparat der amerikanischen „Entkartellisierungsbehörde“ (!) bald an „Managern in Uniform“, so daß man peinlich an den „Entnazifizierungsrummel“ erinnert wird. Jedenfalls führten sieben Jahre alliierter Besatzungspolitik unter Ausschluß der sozialistischen Sowjetunion dazu, daß die Macht der Konzerne, wie schon die Beispiele oben zeigten, nicht gebrochen, sondern nach Eintreffen der „überseeischen Partner“ nur noch gestärkt wurde.

Ganz richtig erklärte zu der Gesamtheit von Manövern mit Besatzungsstatut, Ruhr-Statut, Marshall-Plan, Schumann-Plan, Atlantik-Pakt, Europa-Armee und Generalvertrag der demokratische Abgeordnete Jerry Voorhis im USA-Repräsentantenhaus:

„Viele in Schlüsselstellungen befindliche Beamte der Alliierten Kontrollkommission in Deutschland gehören Firmen an, die bisher mit den deutschen Firmen verbunden waren. Eine solche Politik ist ein ernsthafter Fehler, der zu ernstesten Konsequenzen für den kommenden Weltfrieden führen kann.“⁷⁾

⁶⁾ Atlantikpakt der Konzerne. Die Internationale Kapitalverflechtung in Westdeutschland. Berlin: Die Wirtschaft 1952, S. 7.

⁷⁾ ebenda, S. 7.

Damit ist nicht nur die gefährliche Perspektive angedeutet, sondern auch offen das „Geheimnis“ dargelegt, weshalb es zum „Comeback der Monopole“ kam, erklärten jene staatsmonopolistischen Beamten den Antifaschisten und Antimonopolisten doch völlig unverblümt:

„Wie können Sie von uns erwarten, daß wir die Deutschen für Dinge bestrafen, die wir an ihrer Stelle selbst getan hätten.“⁸⁾

Der Einbruch der amerikanischen Geschäftsfreunde und Gessinnungsgenossen war natürlich nicht in erster Linie auf die Rettung der Monopole in Deutschland gerichtet, sondern darauf, was sich hier für ihre eigenen Interessen herausholen ließe. Obwohl sie an Stelle der Deutschen zugegebenermaßen dasselbe getan hätten, hinderte sie das keineswegs, Restitutionsansprüche, Forderungen auf Wiedergutmachung und Reparationen zu stellen, sich als „Opfer des Krieges“ aufzuspielen. Die Vertreter der britischen Besatzungsmacht, General Robertson, ehemaliger Direktor des Dunlop-Konzerns in Südafrika (!), und sein Wirtschaftsberater Percy Mills, Direktor der W. & T. Avery & Comp., beides Monopolvertreter in der Gestalt von Beamten der englischen Labourregierung, also als Vertreter einer „Arbeiterregierung“, erklärten unumwunden:

„Houdrement, Tengelman, Dinkelbache und Stinnes waren nicht Nazis, sondern Geschäftsleute.“⁹⁾

Der erste Hochkommissar der französischen Zone, René Mayer, war die graue Eminenz der Rothschild-Bank und A. François-Poncet der Mann des „Comité des Forges“, ein Mitbegründer der erwähnten „Vereinigten Stahlwerke“, der seinen ganzen Ehrgeiz dareinsetzte, die Weltstahlvereinigung wieder voll funktionsfähig zu machen, wobei er natürlich Frankreich und den dort führenden Monopolen die Hegemonie zugedacht hatte. Das stand aber etwas in Widerspruch zu den Geldgaben der „Internationalen Bank für Wiederaufbau“, die der zu enteignenden (!) Ruhrindustrie einen Kapitalanteil von 300 000 000 USA-Dollars gewährte.

Wenn wir heute anmerken, daß von der CDU/CSU Herr Dr. Birrenbach als „Aushilfsdiplomate“, als Vertreter der Monopole ganz inoffiziell, aber doch recht offiziell nach Israel reist, so gehört das ganz zu den Manieren des Staatsmonopolismus auf außenpolitischem Gebiete. Warum sollen die Monopole ihre Sache, wenn es ihnen angebracht erscheint, nicht gleich selbst in die Hände nehmen! Diese „unmittelbare Verbindung von Politik und Geschäft“ hat ihr Vorbild in der Umwandlung politischer in wirtschaftliche Schulden, in der Reisetätigkeit vieler solcher „USA-Diplomaten in eigener Mission“. Diese Übergriffe in die ordentliche Diplomatie sind

⁸⁾ ebenda, S. 11.

⁹⁾ ebenda, S. 11, Ausspruch von Sir Percy Mills.

für staatsmonopolistische Verhältnisse außerordentlich typisch und werden auch als Lobbyismus bezeichnet.

So kam als „Vertrauter“ Truman's und „Beauftragter“ für die Hilfe für zurückgebliebene Länder 1945 Nelson Rockefeller nach Westdeutschland, der Gründer der International Basic Economic Corporation, M. Warburg von der Kuhn-Loeb-Bank, die die Hamburger Bankfirma Brinckmann, Wirtz u. Co. voll aushält, der Kautschukbaron H. S. Fireston, der die westdeutschen Phoenix-Werke finanzierte, und nicht zuletzt auch der „Automobilkönig“ Henry Ford, der sich sehr zufrieden zeigte über den schnellen Wiederaufbau seiner Kölner Filiale. Sie kam bei der Währungsreform, die bekanntlich die Spaltung Deutschlands einleitete, mit einem Umtauschverhältnis 1:1, das ihm die Sowjetunion sicherlich nicht gewährt hätte, davon.

Zu dem „Gentlemen's Agreement“ der Monopolverbände gehört es, sich gegenseitig zu „Ehrenmännern“, zu harmlosen „Businessmen“ zu erklären und sich international gegenseitig wie bei einem Roulettespiel die Bälle zuzuspielen. Heute ist der eine der Patronen des anderen, morgen ist es umgekehrt. Selbst Nazigrößen brachten ihre Beute in internationale Verbindungen ein, und niemand hinderte sie daran. Minister Scheel aber meint, daß

„der eigentliche politische Kern der Entwicklungspolitik darin bestehe, die Ordnung und Sicherheit auf der Welt zu erhalten.“¹⁰⁾

Unter Gentlemen erübrigt sich, näher zu definieren, daß es sich selbstredend um die imperialistische Weltordnung handelt, die man am liebsten auch im sozialistischen Teil der Welt wieder eingeführt wissen möchte. Minister Scheel setzt daher die Entwicklungspolitik einer „Sicherheitspolitik im höheren Sinne“ gleich, die er interessanterweise als mit der „Verteidigungspolitik“ gleichrangig bezeichnete. Wer es noch nicht erfaßt hat, welchen Weg die nichtmonopolistischen und sozialistischen Staaten gehen sollen, dem wird von Scheel nochmals klar gesagt:

„Diese Länder sollen sich darauf konzentrieren, die Voraussetzung zu schaffen für einen möglichst frühzeitig beginnenden Abbau der staatlichen Eingriffe (!) und für das Entstehen privatwirtschaftlicher Ordnungsformen.“

So betonen sie alle der Reihe nach, daß die „unternehmerische Initiative“ gefordert sei, aber alles unterlassen werden müsse, was zu einem „Staatskapitalismus“ oder zu einem „Staatssozialismus“ hinleitet. Und Fritz Berg als Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie erklärt:

„Entscheidend ist, ob sich die führenden Kreise... zu der Erkenntnis durchringen, daß ihrem Lande mit Privatwirtschaft besser gedient ist als mit Staatswirtschaft.“¹¹⁾

¹⁰⁾ Westdeutsche Entwicklungshilfe für politische Erpressung, a. a. O., S. 8/9 (152/153).

¹¹⁾ ebenda, S. 9 (153).

Zu diesem Zwecke drangen die Alliierten in das westdeutsche Wirtschaftsleben vor. Sie gründeten Zweigniederlassungen, die vollständig in die Muttergesellschaft einbezogen sind. Sie schufen Filialgründungen mit eigenem Namen, deren Aktienkapital zu 100 Prozent der Zentrale gehört. Oft nutzten sie die dem Staatsmonopolismus eigenen „inflationistischen Tendenzen“, um spekulativ das Kontrollaktienpaket zu erwerben. Ganze Holding- und Dachgesellschaften wurden unter Einbezug der nachgeordneten Filialen und unter Beibehalt der alten Firmierung in noch größere einbezogen. Auch der Kauf von Vorzugsaktien ist beliebt, weil auch das mit Hilfe einer Teilsumme die volle Kontrolle ermöglicht.

Entsprechend dem Verfahren der Dawes- und Young-Verordnungen gibt man auch im privaten Sektor Kredite gegen die Einräumung von Kontrollrechten, die als Sicherheiten gefordert werden und die der Schwache dem Mächtigen gewähren muß. Die dadurch an den Aufkäufer und Kreditgeber gelangenden Informationen sind eine weitere zusätzliche Geldquelle für diesen, ein Verlust für den anderen. Warenlieferungen erfolgen gegen das Ablassen von Aktien des Käuferbetriebes an den Warenlieferanten. Darüber hinaus gibt es Bindungen durch Liefer-, Patent- und Lizenzverträge, durch private und staatliche Zoll- und Handelsabmachungen, die oftmals durch Unterdrücksetzung der Staaten im Interesse der stärkeren Monopole vom Ausland her „durchgesetzt“ werden und in ihrer Nutzung nicht nur die beteiligten Staaten, sondern vor allem die sie benötigenden Monopolbetriebe aneinanderketten.

So wuchs die Zahl der Auslandsbeteiligungen, die in Westdeutschland 1951 letztmalig umfassend ermittelt wurde, auf 1014 Beteiligungen; davon waren 510 Hauptfirmen und 504 Filialen. Führend sind dabei die USA mit 343 Beteiligungen, England mit 124 und Frankreich mit 92 Beteiligungen. Dabei werden zwar England von 225 Schweizer Beteiligungen und Frankreich von 94 holländischen Beteiligungen übertroffen; allerdings läßt die Verflechtungszahl nicht auch das Kapitalausmaß der Verflechtung erkennen. Wie schwer es ist, solche Wirtschafts- und Kapitalkontakte bei den nahtlosen Übergängen von Land zu Land, von Betrieb zu Betrieb und bei der wirtschaftlichen „Geheimhaltung“ zu klären, lassen die vorstehenden Zahlenangaben aus der Schweiz und aus Holland erkennen: Der hohe Anteil dieser „Einflußnahme“ ist kein Spiegelbild der Wirtschaftskraft dieser Länder, sondern ein Ausdruck der Tatsache, daß sich eine Vielzahl „anonymer“ Verflechtungen mit ihren „offiziellen Organen“ in der neutralen Schweiz oder im handelsoffenen Holland niedergelassen haben.

1951 betrug in Westdeutschland das Ausmaß der „Kapitalunterwanderung“ durch die USA 1,9 Milliarden D-Mark, d. h. 36,8 Prozent des importierten Kapitals, durch England, die

Schweiz und Holland je 800 Millionen D-Mark, d. h. je 15 Prozent, zusammen 2,4 Milliarden D-Mark oder 45 Prozent. Auf Frankreich entfiel ein Zwölftel der Kapitalimporte, auf Belgien ein Zwanzigstel. 1951 fungierten in Westdeutschland 42 Prozent des Anlagenkapitals westdeutscher Aktiengesellschaften als „Auslandskapital“.

Betrachten wir diese statistischen Ergebnisse, so verstehen wir auch die auf ihrer Grundlage zustande gekommenen internationalen Wirtschafts-, Zoll- und Militärbündnisse, das Paktsystem also, das besonderer Ausdruck der staatsmonopolistischen Kooperation ist. Diese Wirtschafts- und Währungsblöcke übernehmen im internationalen Mechanismus die Rolle, die im einzelstaatlichen Rahmen der Apparat des staatsmonopolistischen Staates zu spielen hat. Daher ist es auch seit den Zeiten des Völkerbundes in Genf üblich, hierfür umfangreiche bürokratische Apparate aufzubauen, die sich in einer großen Zahl von Weltorganisationen repräsentieren. Im europäischen Maßstabe wollen wir nur an die Parallelität von Europa-Rat, Hohem Rat der Montan-Union, Europäischer Wirtschaftsgemeinschaft, Euratom und NATO erinnern, in denen sich die ganze Palette von der rein militärischen Paktbildung bis zur „Wirtschafts“ und „Kulturvereinigung“ widerspiegelt.

Diese Apparate sind es, die im internationalen Rahmen die Rolle der Regierungs- und auch Kontaktstellen bilden. Sie werden, obwohl sie ausschließlich Monopolinteressen dienen, meist aus den Steuergroschen der Bürger der beteiligten Länder bezahlt und diesen als hohe Errungenschaften eines „harmonisierten“ Strebens nach einer „Weltregierung“ hingestellt.

Sollte man in der „formierten Gesellschaft“ wirklich daran gehen wollen, dem westdeutschen Parlament größeren Einfluß zu gewähren, so darf man hierbei nicht übersehen, daß das Parlament – ganz abgesehen davon, daß der Bundestag ohnehin nicht die Interessen der Nation vertritt – auf solche supranationalen Behörden keinen Einfluß erhält, da diese die kontinentalen und weltzentralen Monopolstellen ganz allein und unkontrolliert ausüben. In dieser „Bürokratie“ liegt auch der Grund, warum nicht Bevin mit seiner Sozialisierungsforderung gegenüber dem Ruhrgebiet durchdrang, sondern General Robertson, warum im USA-Repräsentantenhaus vor der Lierung mit den durch den Nazismus belasteten Monopolen zunächst gewarnt, aber dann dennoch der gegenteilige Kurs gesteuert wurde.

Für Westdeutschland bedeutet dies, daß es in letzter Instanz nicht darum geht, welche Partei die Regierung und welche die Opposition bildet, sondern darum, ob sich eine Partei in eine echte Alternative zu diesen Fesseln internationaler staatsmonopolistischer Abmachungen setzt. Solange eine Partei – in der Regierung tätig oder in „Opposition“ – die im Interesse der Monopole getroffenen internationalen Festlegun-

gen nicht durch Aufkündigung und eigenes Handeln durchkreuzt, ist das Fortbestehen des Staatsmonopolismus auch von außen her gesichert und gefestigt.

Das ist auch der Grund für die Anstrengungen, die die USA und ihre Hauptverbündeten – vor allem der westdeutsche Imperialismus – unternehmen, um ein Ausscheren einzelner kleinerer Länder aus dem Einflußbereich des Weltimperialismus mit aller Gewalt zu verhindern. Deshalb dürfen beispielsweise die Türkei und Griechenland nicht als „Eckpfeiler der NATO“ ausfallen. Natürlich würde Amerika auch nichts entbehren, wenn es sich z. B. aus Vietnam zurückzöge. Dann aber ließe es einen „Einbruch“ in die von ihm international vertretene „Weltordnung“ zu. Daher erklärt die Johnson-Doktrin, daß die USA keine revolutionären Veränderungen irgendwo in der Welt mehr zulassen wollen. Nicht zuletzt auch in Verfolg dieser Zielsetzung stehen USA-Truppen in Westdeutschland, was bei der Beurteilung unserer nationalen Frage ebenfalls nicht ohne Bedeutung ist.

Der deutsche Imperialismus war nun lange Zeit bemüht, die Lasten für die „Verteidigung“ internationaler imperialistischer Interessen von sich abzuwälzen und den USA zuzuschieben. Daher konnte er bis zur Änderung dieser Haltung die ihm eingepumpten Mittel ausschließlich für seine eigenen spezifischen Ziele einsetzen. Als sich aber die Zahlungsbilanz der USA verschlechterte und vor allem der Weltsozialismus sowie die nationale Befreiungsbewegung immer mehr erstarkten, drängte bereits Eisenhower die Bundesrepublik zur Übernahme von höheren Lasten gegen das Versprechen immer größerer Beteiligung an der Weltmacht. 1959 verstärkte Kennedy diesen Druck über die Weltbank, die OECD, die NATO und andere derartige Gremien mit dem Erfolg, daß Westdeutschland in immer stärkerem Maße selbst mit seinen Kapitalien in die eingangs geschilderte Entwicklungshilfe einstieg. Das bedeutet, daß nun die westdeutschen Monopole und ihr Staat in anderen Ländern in gleicher Weise vorgehen wie andere neokolonialistische Staaten bzw. in der Art, wie die Siegermächte 1945 und in den folgenden Jahren ihnen selbst gegenübertraten.

Dabei bestimmt aber noch immer zu einem entscheidenden Teil die USA-Politik, die die Politik der großen USA-Monopole ist, das Handeln der Bonner Bundesrepublik, deren herrschende Kreise sich bis über das Jahr 2000 hinaus politisch und wirtschaftlich den USA ausgeliefert haben. Die USA-Politik konzentriert die westdeutsche „Mitwirkung“ auf alle Brennpunkte der Weltpolitik, insbesondere auf die Grenzen zu den sozialistischen Staaten sowie auf Schwerpunkte der nationalen Unabhängigkeitsbewegung, wo die „Gefahr“ besteht, daß das kapitalistische System aus sozialen Gründen aus den Angeln gehoben wird. Diese Partnerschaften lassen Westdeutschland mit Recht allen friedliebenden Völkern als kriegslüstern und friedensfeindlich erscheinen. Solche Engage-

ments in allen Konfliktherden der Welt sind geeignet, die westdeutsche Bevölkerung an die abenteuerliche Weltpolitik der aggressivsten Weltmonopole zu ketten, ja sie bezwecken dies geradezu.

Dieser Expansionsdrang ist es auch, der die sozialistischen Staaten dazu zwingt, politisch, wirtschaftlich und militärisch auf die Sicherheit ihrer Territorien bedacht zu sein, auf ihre Abwehrbereitschaft, und zwar in ihrer Gesamtheit gegenüber dem Gesamtangressor, auf ihr Außenhandels- und Valutamonomopol und auf andere Maßnahmen, die dem konterrevolutionären Streben und Handeln der Monopolisten entgegenwirken. Eine solche unvermeidbare Maßnahme, die die Aggression, die weitere Abwertung und den Geldabfluß verhinderte, eine „Rettung des Friedens auf Sicht“, war die Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls am 13. August 1961; dadurch sicherte sich die DDR die Möglichkeit, ohne „offene Grenzen“ und geschützt vor den einschneidendsten Auswirkungen des kalten Krieges ihrer Gegner den Sozialismus umfassend aufzubauen. Das veranlaßte die Gegenkräfte zu wildem Wutgeheul gegen die sogenannte „Mauer“, die der „Freiheit“ ihrer Expansion und ihrer Umtriebe entgegensteht.

Es paßte ihnen auch gar nicht, daß der frühere Leiter des Kieler Weltwirtschaftsinstituts, Prof. Baade (SPD), den effektiven Schaden, den die DDR erlitten hatte, berechnete und veröffentlichte. Das zeigte, wo aus eigener Kraft und trotz schmutziger Behinderung erfolgreich der wahre Weg eines deutschen Aufbauwunders beschritten worden war, nämlich nicht in Westdeutschland, sondern in unserem Vaterland, in der Deutschen Demokratischen Republik.

*

Damit sind wir zu einem weiteren grundlegenden Merkmal des Staatsmonopolismus und insbesondere des westdeutschen gekommen, dem wir noch ein besonderes Augenmerk zuwenden müssen, betrifft es doch eigentlich die geradezu tödliche Gefahr, jenes „Balancieren am Rande des Krieges“, den „kalten“, den „begrenzten“ und den „verdeckten“ Krieg. Diese dem Staatsmonopolismus unaufhebbar innewohnende, typische Erscheinung besteht darin, daß es *im staatsmonopolistischen Staate zu einer besonders hohen und engen Wechselwirkung zwischen Wirtschaft und Militarismus kommt*. Auch dies ist an sich ein Merkmal des Imperialismus überhaupt und der Tatsache, daß sich die Aufteilung der Welt in Interessensphären nur noch mit militärischer Gewalt sichern und ändern läßt. Dennoch ergeben sich auch hier in der staatsmonopolistischen Entwicklungsetappe des Imperialismus gewisse Modifikationen gegenüber den bisherigen imperialistischen Bedingungen, deren neuartige Möglichkeiten man richtig sehen, klar erkennen und – je nachdem – wirksam verhindern bzw. geschickt nutzen muß.

So konnte der wiedererstandene deutsche Imperialismus seine vor dem zweiten Weltkrieg eingenommenen Positionen zu einem großen Teil wieder zurückerobern, z. B. durch die Abwendung einer echten Entnazifizierung, die Verhinderung der Abrüstung, durch die Remilitarisierung usw. Ja, es gelang ihm, seine Rüstungsmonopole in der geschilderten Weise über die Katastrophe zu retten. Statt sie zu entflechten, wurden sie konzentriert, gestärkt und noch mehr international verflochten. Das Wirtschafts- und Rüstungspotential wurde über den Vorkriegsstand hinaus gesteigert. So erhebt der Staatsmonopolismus wieder drohend seine Forderungen wie einst.

Aber heute gibt es eine Deutsche Demokratische Republik, die zusammen mit dem sozialistischen Weltlager, insbesondere mit den Mächten des Warschauer Vertrages, die Macht der Staatsmonopolisten in Westdeutschland ganz entscheidend beschneidet. Bei aller Gefährlichkeit des westdeutschen Militarismus und Revanchismus läßt sich erfreulicherweise feststellen, daß das Jahr 1965 auch in der Frage „Krieg und Frieden“ nicht mehr das Jahr 1939 ist.

Betrachtet man andererseits die militärstrategische Konzeption der westdeutschen Imperialisten und Militaristen, so hat man den Eindruck, daß sie aus den zwei Katastrophen, die ihren Ausgang von Deutschland nahmen, noch immer nichts gelernt haben. Sie sind bereit, das „Risiko eines dritten Weltkrieges“, der unweigerlich ihr Untergang wäre, einzukalkulieren. Ihr gegenwärtiges Hauptanliegen besteht darin, das Haupthindernis für die Verwirklichung ihrer Aggressionspläne, ihre strategische Beschneidung und Einengung durch die DDR und die anderen Kräfte des sozialistischen Lagers, zu durchbrechen. Damit befinden sie sich erneut in dem für sie traditionellen Widerspruch zwischen ökonomischer Macht und politisch-militärischen Möglichkeiten. Deshalb wollen sie die Staatsgrenze zur DDR „durchlässig machen“. Dadurch werden sie zu Amokläufern des Krieges und zum Friedensstörer Nr. 1 in Europa. In der CDU/CSU-Zeitschrift „Politisch-Soziale Korrespondenz“ schrieb der CDU-Bundesminister und Vorsitzende des „Bundesverteidigungsrates“, Dr. Heinrich K r o n e, in einem militärpolitischen Artikel:

„Es genügt nicht, daß mächtige Waffen vorhanden sind, der Gegner muß auch davon überzeugt sein, daß sie angewandt werden. In dieser Hinsicht haben wir Wünsche und Überlegungen an unsere amerikanischen Verbündeten...“¹²⁾

Kurz gesagt, sind die USA dem Bundesminister nicht aggressiv genug und müssen gedrängt werden, der agileren Bundesrepublik die für die „Vorwärtsstrategie“ als unbedingt notwendig erachteten Atomwaffen zu überlassen.

¹²⁾ zitiert nach: Über Probleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland. Materialien einer Propagandistenkonferenz, hrsg. v. d. Bildungsstätte der SED-Bezirksleitung Leipzig, 1965, S. 20.

Die von dem Kriegsverbrecher Trettner ausgearbeitete Vorwärtsstrategie sucht die Kriegsentscheidung im Territorium des Gegners, also durch Überfall, zu erreichen. Dabei sollen „strategische Atomwaffen“ die Kriegführung aus der Tiefe „abschirmen“, während zum Vorstoß selbst „taktische Atomwaffen“ eingesetzt werden sollen. Bonn ist sich darüber im klaren, daß das einen Raketen-Kernwaffen-Krieg auslösen kann und kalkuliert dieses Risiko auch ein. Daher zielt seine militärstrategische Konzeption auf drei Punkte ab: die Erringung der Verfügungsgewalt über Atomwaffen, die Vorbereitung der Bundeswehr auf einen Raketen-Kernwaffen-Krieg und die volle Kriegsbereitschaft des gesamten Hinterlandes.

Eine staatsmonopolistische Eigenart besteht hierbei darin, daß man im Frieden schon so tut, als ob man sich mitten im Krieg befinde. Im staatsmonopolistischen Staate geschieht daher nichts, ohne die Militärs um ihre Meinung zu fragen. Im Imperialismus überhaupt spielt der Militarismus eine große Rolle; aber im staatsmonopolistischen System übernimmt er eine vordergründige Rolle. Alle staatsmonopolistischen Fragen werden nicht unter ihrem sachlichen, sondern stets nur unter ihrem militärischen Aspekt entschieden. So sahen wir es bei der „Wirtschaftshilfe“, so war es bei dem Röhren-Embargo. Daher steht im Mittelpunkt aller Wirtschaftserwägungen vor allem die finanzielle und materielle Sicherstellung der Aufrüstung.

Die technische Revolution bewirkt, daß der moderne Krieg ein technischer Krieg ist, der in der Einheit von Forschungs-, Wirtschafts- und Rüstungspotential entschieden wird. Die hierfür erforderlichen Kosten müssen durch die Volksmassen aufgebracht werden. In Westdeutschland werden 40 bis 50 Prozent des Nationaleinkommens in der Hand des Staates konzentriert, die vorwiegend in die Rüstung und Rüstungsforschung gehen. Wenn neue Anlagen für die Rüstungsproduktion nötig werden, schaffen sie in den seltensten Fällen die Rüstungsmonopole aus „Eigenfinanzierung“, sondern sie lassen sie sich ebenso wie die Forschungskosten vom Staate, letztlich vom Volke bezahlen. In England wurde beispielsweise der Prototyp eines modernen englischen Abfangjägers mit einem Kostenaufwand von 5,5 Milliarden D-Mark, in den USA ein amerikanischer Überschallbomber mit zweieinhalbfacher Schallgeschwindigkeit als Prototyp mit einem Kostenaufwand von 2,8 Milliarden Dollar oder von 10 Milliarden D-Mark entwickelt. Daher kommt es, daß in den USA 82 Prozent aller Staatsausgaben für naturwissenschaftliche und technische Zwecke nicht zur zivilen, sondern zur Rüstungsforschung verwendet werden oder daß in Westdeutschland gegenwärtig jeweils vier von fünf Forschern direkt oder indirekt für den Krieg tätig sind.

Hieraus erklärt sich aber auch, daß der wissenschaftlich-technische Austausch bei der steigenden Internationalisierung

der Produktivkräfte immer mehr an Bedeutung gewinnt. Während er im sozialistischen Lager in der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit (TWZ) im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) seine organisierte sozialistische Form wirklicher gegenseitiger Hilfe gefunden hat, betreiben die imperialistischen Mächte einen schwungvollen kapitalistischen Lizenzhandel und gegenseitige Wissenschafts-, Wirtschafts- und Militärsplionage, deren Kosten ebenfalls durch das staatsmonopolistische System der Allgemeinheit aufgebürdet werden. Hauptexporteur von Lizenzen sind im imperialistischen Lager die USA, Frankreich und andere Länder haben hierin eine passive Handelsbilanz. Sogar die über die Nutzungsgebühren für den technischen Fortschritt hinausgehenden „intellektuellen Lizenzgebühren“ haben sich in Frankreich von 1960 bis 1965 mehr als verdoppelt.

In Westdeutschland stehen auf diesen Gebieten Einnahmen von 116 Millionen D-Mark 1958 und 216 Millionen D-Mark 1963 entsprechende Ausgaben von 364 Millionen D-Mark 1958 und 637 Millionen D-Mark 1963 gegenüber – ein Zahlenvergleich, der ebenfalls das in raschem Tempo steigende Ausgabenvolumen für den westdeutschen Lizenzerwerb bzw. -verkauf ausdrückt und zudem erkennen läßt, in welch hohem Grade hier die westdeutsche Bilanz unausgeglichen ist. Daran wird offenbar, wie der Nationalreichtum Westdeutschlands im Interesse der Rüstung und ihrer Forschung an die internationalen Rüstungsmonopole vergeudet wird. Auch in den USA bedeuten die Zugänge keinen Ausgleich für die Ausgaben. Bedenkt man die astronomische Höhe der Ausgaben, die die erwähnten Prototypen eines Abfangjägers und eines Überschallbombers verursachen, und weiterhin, daß das nur die Kosten für den Prototyp und noch nicht die Investitionen für die Serienproduktion waren, so gelangt man zu einer Vorstellung darüber, was es wohl kosten mag, den Prototyp einer mächtigen Rakete zu entwickeln, sie in Serien aufzulegen und im Ernstfalle zu verschießen.

Seit 1959 ist die Bundeswehr auf atomare Kriegführung umstrukturiert. Sie besitzt bereits ein beachtliches Arsenal an Kernwaffenträgern wie „Sergeant“-Raketen (140 km Reichweite), „Honest-John“-Raketen (40 km), Haubitzen 203,2 mm (32 km), ferner Geschütze vom Kaliber 175 und 155 mm mit Nahwirkung, 84 Maschinen vom Typ Starfighter F 104-G sowie 300 Maschinen anderer als Raketenträger einsatzfähiger Flugzeugtypen mit Fernwirkung. Durch die Projekte des Atomminengürtels, der Multilateral Force und der Atlantic Nuclear Force, der MLF und ANF, wollen die westdeutschen Rüstungsfanatiker im atomaren Komplott mit den USA Kernwaffeneinsatzmittel für den taktischen, operativen und strategischen Bereich erlangen und Einblick, Einfluß und Mitbestimmung, zuletzt Alleinbestimmung über die Kernwaffen der NATO erreichen.

In der Zeitschrift „Militärwesen“, Heft 1/1965, hat Armeegeneral Hoffmann darauf verwiesen, daß Westdeutschlands Drohung mit Kernwaffen, die bisher vorwiegend politischen Charakter trug, nunmehr stärker in den Bereich unmittelbaren militärischen Handelns getreten ist. Schon vor Jahren wurde im Bundestag gesagt, daß der, der solche Waffen sich verschafft, natürlich damit auch schießt. Und unter solchen Waffen steht in Westdeutschland zur Zeit eine Präsenzarmee von mehr als 430 000 Mann!

In der militärstrategischen Konzeption der Bundeswehr spielt noch eine andere Variante eine Rolle, die man als „Methode der permanenten Bedrohung“ bezeichnen kann. Sie wird in Westdeutschland „verdeckter Krieg“ genannt und als „eine zum Waffeneinsatz gesteigerte Krisensituation von bürgerkriegsähnlichem Charakter“ definiert. Die Beispiele aus dem Kongo, aus Vietnam und von anderen Kriegsschauplätzen haben hinreichenden Anschauungsunterricht darüber erteilt, was unter dieser Art von „Krieg“ mitten im Frieden zu verstehen ist.

Wer mit dem Feuer spielt, muß auch auf Reaktionen gefaßt sein. Es würde zu weit führen, wollten wir hier nochmals im einzelnen unter den militärpolitischen Gesichtspunkten die Fragen der Notstandsgesetze und ihre Funktionsbestimmung innerhalb der „militärpolitischen Konzeption“ des westdeutschen Staatsmonopolismus erörtern. Das zur Abwehr innerer Unruhen bestimmte Zivilschutzkorps wird beispielsweise jährlich etwa 400 Millionen D-Mark kosten. Nicht geringer sind die Kosten, die etwa für den Bau der Luftschutzeinrichtungen benötigt und verwendet werden.

Wenn die Weltkonkurrenz der Monopole zum Kriege untereinander oder gegen das Friedenslager treibt, so spielen dabei die Erscheinungen des Revanchismus und Rassismus eine wohlbedachte vorbereitende Rolle: der Rassismus zum Einsatz vornehmlich gegenüber den im anticolonialen Aufbruch begriffenen Völkern, der Revanchismus gegenüber dem Weltlager des Sozialismus, insbesondere gegenüber der DDR. Das sozialistische Weltssystem und die nationale Unabhängigkeitsbewegung bilden das Haupthindernis für die Verwirklichung der Abenteuerpolitik des staatsmonopolistischen Kapitalismus und werden als die Schuldigen an den katastrophalen Folgen hingestellt, die die frühere Fehleinschätzung der Lage durch die deutschen Militaristen ergeben hat. Nur 42 Prozent der Offiziere der Bundeswehr sind in der Bundesrepublik selbst beheimatet; 52 Prozent stammen aus Gebieten, die heute zur DDR, CSSR, zu Polen und zur Sowjetunion gehören. Sie halten sich bereit, die sogenannte „Wiedervereinigung in Freiheit“ nach Bonner Vorstellung zu erkämpfen. Mit Hilfe auch der darauf abzielenden „psychologischen Kampfführung“ will der Staatsmonopolismus in Westdeutschland die innere und äußere Vorbereitung eines Raketen-Kernwaffen-Krieges bis 1968/70 abschließen.

Das zwingt uns, unsere Vorbereitungen dahin zu treffen, daß wir jederzeit – unter den Bedingungen eines nuklearen, eines konventionellen oder auch eines verdeckten Krieges – imstande sind, einen Aggressor, der es wagt, uns anzugreifen, auf seinem eigenen Territorium zu vernichten. Wir dürfen nie übersehen, daß so, wie sich im Staatsmonopolismus Staat und Monopole in einer Einheit auflösen, man bei diesem System nie wissen kann, ob es noch im Frieden oder schon im Kriege lebt. Deshalb fordern wir, die westdeutschen Militaristen und Revanchisten in die Zwangsjacke zu stecken. Gezügelt wird ihre Aggressionslust nur durch die Stärke des Sozialismus. Vor allem aber müssen wir unsere westdeutschen Freunde erkennen lehren, in welcher Gefahr sie schweben.

*

Zwei Aspekte der militärischen Seite des Staatsmonopolismus wollen wir noch berühren. Das System des Staatsmonopolismus führt dazu, daß Widersprüche zwischen den konkurrierenden Interessen stärkerer und schwächerer Monopole, sobald die Reichweite dieser Konflikte die Grenzen eines Staates überschreitet, als Kampf eines Staates gegen einen anderen, eines Paktsystems gegen eine andere, zumeist eben schwächere Machtgruppierung ausgetragen werden, und zwar gegebenenfalls auch mit militärischen Mitteln. Kriegsabenteuer werden im Staatsmonopolismus bis in alle Einzelheiten ebenso vorauskalkuliert wie Wirtschaftsunternehmungen. Das kaiserliche Deutschland hatte im ersten Weltkrieg nicht unwesentliche Schwierigkeiten, weil es gewisse Versäumnisse in der Versorgung während des Krieges nicht mehr aufholen konnte. Wenn die Monopolisten eine Lehre gezogen haben, dann die, daß man den kommenden Krieg noch besser vorbereiten müsse, als Wilhelm II. den ersten und Hitler den zweiten Weltkrieg vorbereiteten. Der totale Krieg erfordert die totale Vorbereitung und die immerwährende Kriegsbereitschaft, koste es, was es wolle.

Der andere Aspekt ist der, daß der Krieg der Monopole als Krieg der Staaten ausgelöst wird, wenn die konzentrierten politischen und wirtschaftlichen Druckmittel der Monopole auf ihre Gegner nicht zum Ergebnis führen. Durch das Nebeneinander von staatlicher Diplomatie und Lobbyismus, von Spionage und Wirtschafts-„Umarmung“, durch den nahtlosen Übergang des Einflußbereichs der Monopole von einem Staatsgebiet zum anderen werden auch völkerrechtlich völlig neue, in der Völkerrechtsdiskussion stehende Probleme aufgeworfen. So fordern Monopole für ihre Wirtschaftsunternehmen im Ausland nicht selten Garantien durch ihren Staat und durch ihre Mächtigkeitsgruppierung. So wurde die Suez-Krise dadurch ausgelöst, daß die VAR gegenüber der Suez-Gesellschaft ihr Souveränitätsrecht in Anspruch nahm, jedoch deren Schutz- und Garantiemächte für die Gesellschaft auf den Plan

traten. Damit wurde die Sache dieser Gesellschaft zur Staatsfrage in England und Frankreich, die sich anschickten, ihre Machtmittel in einem neuen Weltkrieg für die Rettung dieser Einzelgesellschaft mit militärischer Gewalt einzusetzen.

Bei dem hohen Grad internationaler Verfilzung – auch in der Form von Auslandsguthaben, Konzessionen und Lizenzen – schafft das Grenzüberschreiten des Staatsmonopolismus überall Möglichkeiten, durch Restitutions-, Regreß- und Verfügungsforderungen Gelegenheiten zur „Einmischung“ und zur Kriegsauslösung zu schaffen, die heute zumeist ohne Kriegserklärung, gewissermaßen als abgegrenzte Monopolftrafmaßnahme, erfolgt. Hierbei hat der Staat mit seinem Potential und seiner Verantwortung die Gendarmenrolle zu übernehmen. Äußerliche Erscheinungsformen dieser Rechtsanmaßungen sind die Länderspaltungen und die oft dreisten und überhaupt nicht zu motivierenden Interventionen nach dem Motto: „Der Sieger braucht sich nicht zu rechtfertigen.“ Deshalb ist der Staatsmonopolismus, wie wir bei der Besatzungspolitik dartaten, auch unter rechtlichem und moralischem Gesichtspunkt verwerflich.

Kapitalistische Staatenbündnisse haben gegenüber den beteiligten Einzelstaaten, gegenüber dem Sozialismus und den paktfreien Staaten stets umfassende militärische, ökonomische und politische Funktionen, die den internationalen Kapitalismus zu einem nach außen hin einheitlichen, aber im Innern widersprüchlichen Komplex von Profit- und Machtinteressen verschmelzen, der sich immer mehr der wachsenden Stärke und Gemeinsamkeit des sozialistischen Weltlagers und seines Weltmarktes gegenüber sieht. Durch eine feste und auf höchstmögliche Beständigkeit gerichtete Verschmelzung versuchen daher die internationalen Monopole, mit staatsmonopolistischen Praktiken ihre Interessen gegenwärtig vor allem supra- und damit antinational durchzusetzen. Sie schaffen sich in internationalen Einrichtungen auf Kosten der Völker und Staaten politische, wirtschaftliche und militärische Exekutivorgane, die sie auch gegen den Sozialismus zu gebrauchen suchen. Bei genügender Machtkonzentration wird es möglich, daß sich solche supranationalen Institutionen gegenüber angeblich „freien“ und „souveränen“ Staaten mit Hilfe der verschiedensten Machenschaften voll durchzusetzen vermögen, sofern das Kräftepotential des Sozialismus ihre Machenschaften nicht durchkreuzt.

Aufgabe solcher von Monopolgruppen geschaffenen Pakte und Gremien ist es, die internationale Konkurrenz der Monopole und Gruppen, die so auch als zwischenstaatliche Konkurrenz in Erscheinung tritt, überstaatlich zu regeln, Krisen und Konflikte im eigenen Lager und Zusammenstöße im un-rechten Zeitpunkt mit dem Sozialismus zu vermeiden, die Krisen international zu exportieren und damit zu deformieren, durch Weltinformations- und Weltregulierungsmaßnahmen den internationalen Monopolen den internationalen

Markt zu bereiten. So wollen sie gegenüber dem erstarkenden Sozialismus ihre schmarotzende Existenz so lange wie möglich verlängern.

Die dabei stets auf die Erhaltung, Erweiterung und Entfaltung ihrer Macht bedachten, nach immer größerer Internationalität strebenden Monopole versuchen durch eine auch im internationalen Raum zum Höchstmaß gesteigerte Aktivität in Form rascher Machtverlagerung, durch geschickte Schwerpunktbildung in Gestalt von zeitweiligen Kraftzusammenballungen die Konkurrenz der schwächeren Kapitalkräfte und jeden uneinheitlichen Widerstand der Volksmassen nach dem Motto: „Nicht kleckern, sondern klotzen!“ beiseitezuschieben und aus ihrem Felde zu schlagen. Im Wechselspiel von Erpressung, Bestechung und Wirtschaftsmanipulationen, wie Preis- und Warendumping, Embargo und Wirtschaftsboykott, schaffen sie trotz aller Rederei von der „Demokratisierung des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens“ durch dieses internationale Ränkespiel und ihre gegenseitigen Beistandsaktionen die der „formierten Gesellschaft“ im Innern soweit wie möglich entsprechende äußere Atmosphäre und Umgebung, versuchen sie die anderen und schließlich alle Staaten der Welt nach ihrem Bilde zu formen. Indem sie diese mit ihren verderblichen Methoden staatsmonopolistisch „formieren“, übertragen sie den einheimischen Staatsmonopolismus in den „internationalen Raum“.

Diese zu ihren Zwecken gestaltete Umwelt nennen sie die „moderne internationale Industriegesellschaft“ und loben deren allseitig erreichte „Harmonisierung“. Für diese Formierungen rührt die CDU/CSU in ihrem Parteibereich als „deutsche“, als „nationale“ und natürlich auch als „christliche“ Partei lautstark und ohne sich zu schämen die Werbetrömel. Auf dem Wege des ins Internationale ausgeweiteten Staatsmonopolismus und mit der militanten „Politik der Stärke“ hofft sie als getreue Dienerin der Monopole, den deutschen Imperialismus mit einem dritten Weltkriegsversuch zur Weltherrschaft zu führen. Als ersten Schritt dazu will sie die DDR „befreien“ und „integrieren“.

Vom Standpunkt unserer Republik können wir hierzu, auch im Hinblick auf die allseitige Überlegenheit des sozialistischen Lagers, nur mit einem arabischen Sprichwort antworten: „Die Hunde kläffen, aber die Karawane zieht weiter!“ Weder im Innern noch außenpolitisch wird das raffiniert ausgeklügelte, perfektionierte System der „formierten Gesellschaft“ das Rad der Geschichte rückwärts drehen und den historisch gewordenen Fortschritt auf die Dauer aufhalten können.

III. Geeintes Volk zersprengt die reaktionäre Fessel der „formierten Gesellschaft“

Wir haben die gegenwärtige Staatsordnung in Westdeutschland nicht nur als Staatsmonopolismus charakterisiert und erwiesen, sondern bei unserer Darstellung verschiedentlich schon darauf aufmerksam gemacht, daß die dem Kapitalismus und Imperialismus eigenen unaufhebbaren Widersprüche, wenn auch modifiziert und sich neuartig äußernd, unlegbar fortbestehen und durch die Um- und Neuordnung zur „formierten Gesellschaft“ weder beseitigt sind noch ausgetilgt werden können.

Manche stellen nun die Frage, wieso denn die Bundesrepublik in der Selbstdarstellung ihrer herrschenden Kreise so positiv, in unserer eigenen Sicht so negativ erscheint, warum sie von der CDU/CSU als „Wohlstandsgesellschaft für alle“, von uns dagegen als Monopol- und Kriegsgesellschaft gekennzeichnet wird. Damit werfen sie die Frage nach der Idee und Wirklichkeit der „formierten Gesellschaft“ auf. Erst dann, wenn man diesen Vergleich zwischen Propaganda und Realität in aller Sachlichkeit zieht, gelangt man zu der Erkenntnis, daß in Westdeutschland „Idee“ und Wirklichkeit grundverschieden voneinander sind.

Bedeutet das etwa, daß die CDU/CSU oder ihre westdeutsche Regierung nicht nur fähig sind, ihre guten Zielsetzungen, die sie als „begehrtestenwert“ anzupreisen versuchen, in die Wirklichkeit umzusetzen? Oder ist das staatsmonopolistische System aus sich heraus unfähig, solche „für alle“ so „vernünftig“ erscheinenden Ideale zu realisieren? Oder gibt es vielleicht „böswillige Kräfte“, die erst ausgeschaltet werden müssen, bevor der Wohlstand in der Welt ungehindert um sich greifen kann?

Wir haben dargelegt, daß es unter den Klassenwidersprüchen keine innere und keine internationale Harmonie geben kann. Um aber die gesamte Bevölkerung und die gesamte Welt in ihren Dienst stellen und in ihre Ausbeutungs- und Kriegsmanipulationen einbeziehen zu können, müssen die Monopolherren durch ihre Verteidiger die Sache so darstellen lassen, als ob das Interesse der ausbeutenden Minderheit die Sache der ausgebeuteten Mehrheit wäre. Je mehr aber die breite Masse erkennt, daß das so nicht ist und auch nicht sein kann, um so mehr erweisen sich die Vokabeln von der „Harmonisierung der Gesellschaft“ als durch die Kapitalisten nicht zu verwirklichende Phrasen, für die Volksmassen als höchst gefährliche Illusionen.

Die totale Begriffsverwirrung durch den Macht- und Propagandaapparat der Monopole führt allerdings immer noch zahlreiche Menschen zu der Meinung, daß sie sich durch den westdeutschen Militarismus und Revanchismus nicht bedroht zu fühlen brauchen. Sie fordern gegenseitiges Nachgeben, eine

„Anerkenntnis des beiderseitigen Standpunktes“, einen „friedlichen Ausgleich“ durch gegenseitige Zugeständnisse.

In einer sogenannten „Botschaft an das deutsche Volk“ versuchte CDU-Kanzler Erhard unlängst, „Glanz und Elend“ des ehemaligen Großdeutschen Reiches so darzustellen, daß am zweiten Weltkrieg Hitler die Hauptschuld trägt, daß sein Machthunger und sein verbrecherischer Rassenwahn, sein hysterischer Fanatismus, für Deutschland „Lebensraum“ zu erkämpfen, und seine Bereitschaft, für dieses Ziel Waffengewalt anzuwenden, fast naturnotwendig zur Tragödie führen mußten. Das soll davon ablenken, daß auch Hitler nur eine Kreatur der Monopole war, dazu gekauft, mit Zweckpropaganda die Massen zu illusionieren.

Wenn man aber die Hitlersche Kriegskonzeption mit den gegenwärtigen westdeutschen Bemühungen vergleicht, so treten außerordentlich überraschende Parallelen auf. Hitler umgab das Reich mit einem „Protectorat“ und einem „Generalgouvernement“, in dem Hilfsvölker ohne eigenen Staat, ohne eigenes Heer, ohne eigene Politik und ohne eigene Wirtschaft leben mußten – die Bundesrepublik will die DDR vernichten und die sozialistischen Errungenschaften unserer Werktätigen beseitigen; sie will die europäischen Volksdemokratien ausröten. Hitler sprach von Rauschning von einem „Ostbund“, der zum Grab der Völker Polens, des Balkans und der Sowjetunion werden sollte – Strauß kennt nur den „Fall Rot“ und das „Ausradieren der Sowjetunion“. Hitler plante den Untergang von Holland, Belgien und Frankreich im „Westbund“ – heute kämpfen die „Achsenpartner“ Bonn und Paris erbittert um die Hegemonie in Westeuropa. Wenn Hitler vom „Nordbund“ sprach und ihm die Dänen, Norweger und Schweden einverleiben wollte, so erinnert das an die heutigen Konzeptionen, den „Ostseeraum“ durch die NATO „aufzurollen“ und den „nordischen Markt“ zu erobern.

Mit dem „Großdeutschen Reich“, dem Ost-, West- und Nordbund schloß der „Kontinentalplan“ Hitlers ab. Heute stehen für die „Neuordnung Europas“ dessen „Integration“ in die NATO und in die „Europäische Gemeinschaft“. Nach Eroberung des Kontinents sollte für die Faschisten der „Griff nach Übersee“, nach Afrika folgen. Iran und die afrikanische Nordküste von Gibraltar bis nach Alexandria sollten erobert werden. Besteht zwischen dem vom „Afrikakorps“ zu erobernden „Zentralafrikanischen Dominion“ Hitlers und der heutigen „EWG-Assoziation afrikanischer Staaten“ ein so unüberbrückbarer Unterschied? Dann sollten bei Hitler der „Griff nach der Weltmacht“ folgen, Südamerika als altes „Fugger- und Welslerland“ unterjocht und in den USA die reinrassigen „Deutsch-Amerikaner“ in Führung gebracht werden. Heute beteiligt sich die Bundesrepublik an den Massakern im Kongo, an der Rassenhetze des Verwoerd-Regimes, mischt sie sich in Lateinamerika ein, boykottiert Kuba und wühlt im Bunde mit den USA-Monopolen gegen die Opposi-

tion der Friedenskämpfer und der Neger in den Vereinigten Staaten.

Warum erkennen manche Menschen nicht die Bedrohlichkeit der Lage? Sie bleiben am Detail hängen, ohne zum Ganzen vorzudringen. Deshalb legen wir keinen so großen Wert auf die Frage, ob der Staatsmonopolismus nun in drei Seiten oder in fünf Merkmalen zu definieren oder vielleicht auch in einer anderen Zahl von Kriterien zu beschreiben sei, sondern darauf, daß jedermann im tiefsten Wesen erkennt, worum es sich dabei im einzelnen und im ganzen handelt und daß der Staatsmonopolismus ein System und dieses System als solches in allen Seiten eine Bedrohung der gesamten Menschheit darstellt. Und was den Vorwurf anbelangt, wir würden mit unseren Warnungen „übertreiben“, so sei hier daran erinnert, daß auch der – nach Erhard – „alleinschuldige“ Hitler bis 1939 öffentlich fortwährend vom Frieden sprach und zugleich den Krieg vorbereitete. In seiner Reichstagsrede vom 21. Mai 1935 behauptete er:

„Deutschland will den Frieden aus tiefinnersten weltanschaulichen Überzeugungen. Es will ihn weiter aus der einfachen primitiven Erkenntnis, daß kein Krieg geeignet sein würde, das Wesen unserer allgemeinen europäischen Not zu beheben, wohl aber diese zu vermehren... Was könnte ich anderes wünschen als Ruhe und Frieden? Wenn man aber sagt, daß dies nur der Wunsch der Führung sei, so muß ich darauf folgende Antwort geben: Wenn nur die Führung und die Regierenden den Frieden wollen, die Völker selbst haben sich noch nie den Krieg gewünscht! Deutschland braucht den Frieden und will den Frieden.“⁴³⁾

Wir glauben den „Friedensbeteuerungen“ staatsmonopolistischer Führer kein Wort, sondern wissen, daß dort nur diejenigen dominieren, die der ehernen Gesetzmäßigkeit des Staatsmonopolismus genügen. In dem Gegensatz zwischen Phrase und Wirklichkeit, in dem Nebeneinander von Friedensbeteuerungen und Kriegsvorbereitung, von „Wirtschaftswunder“ und Rüstung liegt die Doppelzüngigkeit dieses Systems begründet. Deshalb können die gegenwärtigen CDU/CSU-Politiker dem deutschen Volke überhaupt nicht die Wahrheit sagen. So sucht die „Diktatur der Millionäre“ die „Millionen der Staatsbürger“ zu beherrschen, indem sie ihnen eine „freie Demokratie“ vorgaukelt.

Also muß die westdeutsche Widerstandsbewegung gegen das staatsmonopolistische System den Kampf um wirksame Demokratisierung der Wirtschaft und des Staates aufnehmen und den Kampf auf diesem Wege fortsetzen bis zur demokratischen Nationalisierung. Das bedeutet zum Beispiel, daß das

⁴³⁾ Heinz Wohlgemuth, Die Perspektivlosigkeit des westdeutschen Imperialismus. Referat der wissenschaftlichen Konferenz vom 26. 3. 1965 (Vorabdruck), S. 7; dort zitiert nach: W. Hofer „Der Nationalsozialismus“, Dokumente 1933–1945, Frankfurt (Main)/Hamburg: 1957, S. 179.

Ergebnis der Volksabstimmungen in Hessen und Nordrhein-Westfalen 1946 im Hinblick auf die Enteignung der Kriegsverbrecher nicht fallengelassen werden darf. Niemand darf sich bereit erklären, mit Mördern in einem Staate zu leben. Dabei kommt es nicht allein darauf an, Rechtsbrüche zu entlarven, sondern mit Hilfe demokratischer Aktionen den Kurs zu verändern. Wer und in welchem Ausmaße im Staate bestimmt, die Millionen oder die Millionäre — das ist die Frage.

Die Kampffaktionen gegen die Macht der Monopole können nur dann Erfolg versprechen, wenn diese Machtfrage real eingeschätzt wird. Die Macht der Monopole ist zu messen an der Konzentration der Produktion und des Kapitals, am Steigen der Monopolverflechtung, vor allem aber daran, inwieweit der Staat ihnen, den Monopolen, die Profitsicherung und Profitsicherheit gewährleistet. Das Monopol ist am mächtigsten, das am meisten Profite macht. Bei der engen Verflechtung der Monopole mit dem Staat hängt die Macht der Monopole also wesentlich mit davon ab, an welchem Hebel sie im Staatsapparat sitzen. Wer den Staat unmittelbar beherrscht, verschafft sich die größten Steuervorteile und Investitionen. Das Monopol wird in diesem Falle deshalb mächtig, weil es seine Macht bis auf den Staat ausdehnt.

Wer so den Staat und seine Organe beherrscht, der bestimmt über den Staat, über die gesamte Wirtschaftsentwicklung im Staate und kann seine Monopolinteressen als Staatsinteressen ausgeben. Verliert ein Monopol seinen Einfluß auf den Staat, so ist das nicht nur ein Prestigeverlust, sondern ein bar zu berechnender Schaden. Daraus ergibt sich, daß derjenige, der im staatsmonopolistischen Staate für die Demokratie kämpft, auch solche Privilegierungen der Monopole ausschalten muß. Nimmt man im Staatsganzen einzelnen Monopolen oder der Gesamtheit der Monopole ihren Einfluß auf den Staat, so überwindet man schrittweise die Macht der Monopole und den Staatsmonopolismus. Der Kampf um die Demokratie als zentrale politische Aufgabe wird daher zu einer weitgehend ökonomischen Frage.

Die neue Qualität des ökonomischen Kampfes der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten muß sich z. B. äußern im Einfluß auf die Verteilung und Verwendung des Nationaleinkommens. Es ist wichtig, alle westdeutschen Staatsbürger in der Auffassung zu bestärken, daß das Nationaleinkommen ihr Geld ist und daß ihnen darüber zumindest eine Kontrolle zusteht. Die westdeutschen Staatsbürger müssen offen und mutig immer wieder die Frage aufwerfen, wer z. B. die Verwendung der vielen Milliarden des Nationaleinkommens, die im Zuge seiner Umverteilung den Monopolen zufließen, kontrolliert.

Der Arbeiterklasse Westdeutschlands — dazu gehören auch alle christlichen Arbeiter — muß bewußt werden, daß die technische Revolution neue Lebensbedingungen schafft. Die Höhe des Lebensstandards kann nicht gemessen werden an

der historischen Vergangenheit, sondern bestimmt sich an gegenwärtigen Möglichkeiten, am heutigen Reichtum der Monopole und ihrer Träger.

Der Kampf um eine gerechte Vermögensverteilung und Eigentumbildung hat aber nur einen Sinn, wenn die Arbeiterklasse mit Profiteilen Einfluß auf die Wirtschaft erlangt. Das kann z. B. mit Hilfe der Gewerkschaften, durch Bildung von Fonds in den Händen der Gewerkschaften erreicht werden. Aber nicht nur die Umverteilung der Profite, sondern z. B. Nationalisierung der Grundstoffindustrie und deren Kontrolle durch die Gewerkschaften sind erfolgversprechende Mittel im ökonomischen Kampf der Arbeiterklasse Westdeutschlands. Dabei muß sich die Arbeiterschaft nicht allein mit den Folgen der ökonomischen Tätigkeit des Monopolbetriebes auf seine Belegschaft beschäftigen; sondern auch eine solche Grundsatzfrage aufwerfen, wie es dazu kommt, daß seit dem Neuanfang 1945 sich die aus den Kriegstrümmern durch die Arbeiterfäuste geretteten und von Arbeiterhand in Gang gesetzten Werke so vergrößert und ihre Produktion so gesteigert haben, während eben jene Retter von damals heute noch genausowenig Besitzanteil an ihnen haben wie ehemals.

Solche und ähnliche Fragen und Forderungen — auch auf außenpolitischem, auf sozial-, kultur- oder schulpolitischem Gebiet — greifen in das staatsmonopolistische System ein; ihre Verwirklichung wäre geeignet, im Rahmen des Möglichen schon jetzt demokratische Veränderungen herbeizuführen. Deshalb ist es wichtig, an Hand unserer Erfahrungen und aus unserem bisherigen Weg die Möglichkeiten sichtbar zu machen, die auch jetzt schon in Westdeutschland gangbar sind.

Es liegt uns natürlich dabei fern, schematisch oder gar gewaltsam unsere Ansichten und Methoden auf Westdeutschland übertragen zu wollen, etwa die Revolution zu exportieren. Im Umgang mit westdeutschen Freunden wollen wir stets ohne Hochmut bedenken, daß Grundvoraussetzungen, wie wir sie uns in Ausnutzung der nationalen Chance von 1945 zielbewußt geschaffen haben und heute als selbstverständlich besitzen, gegenwärtig dort eben nicht bestehen. Das aber mindert die Eigenverantwortung der westdeutschen Friedenskräfte für die Schaffung demokratischer Verhältnisse nicht im geringsten herab.

Zu den neuen Kampfbedingungen, die sich aus dem staatsmonopolistischen System für seine Gegner ergeben, gehört auch *das völlig veränderte Verhältnis von politischen und ökonomischen Forderungen zueinander*. Während es im klassischen Kapitalismus ein Ausweichen vor der politischen Grundforderung bedeutete, wenn sich der Kampf der Arbeiter auf ökonomische Forderungen (Ökonomismus) und auf Reformen (Reformismus) konzentrierte, so sind solche Forderungen heute im „revolutionären Vorfeld“ gelegen und völlig berechtigt, ohne daß ihnen der Makel eines Ausweichens an-

haften müßte. Bereits im Kampf um Tagesforderungen stoßen die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten auf die Allmacht der Monopole und „ihres“ Staates. Lohnforderungen erschüttern nicht mehr bloß den Betrieb oder den Wirtschaftszweig, sondern das Gesamtgefüge, die offizielle „Maßhalte“-Politik. Das Auftreten der Mieterschutzverbände gegen den Mietwucher ist nicht mehr der Einzelkampf des Vermieters gegen den Mieter und umgekehrt, sondern wird eine Massenaktion gegen die unsoziale Mietrechtsgestaltung und gegen die staatsmonopolistische Mietgesetzgebung.

Die Kampfmöglichkeit, durch Demonstrationen und ähnliche Maßnahmen allen sichtbar und hörbar gegen Mißstände und Gefahren aufzutreten, wie es in den Ostermärschen gegen die Atomaufrüstung machtvoll und wirksam geschehen ist, sollte immer stärker genutzt werden. In diesem Kampf müssen und werden die Gegner des Staatsmonopolismus zu einheitlichem Handeln finden und einheitliche Konzeptionen eringen, die als wirkliche Alternativen zur Diskussion gestellt werden können. Wenn beispielsweise die internationalen Monopole für die nur in erster Linie ihnen dienenden Elektroverbundnetze aufdringliche Reklame dahingehend machen, daß wie bei den Autobahnen auch hier für die breiten Volksmassen ein allgemeiner Vorteil entstehe, und dabei auf Tarifverbilligungsmöglichkeiten für Elektroenergie verweisen, so muß sich die Arbeiterschaft in sofort zu bildende Energiekommissionen einschalten und dafür sorgen, daß die in der Reklame versprochenen „Möglichkeiten“ der Tarifverbilligung schnellstens Wirklichkeit werden.

Ogleich die Vorschläge der DDR noch nicht bei allen westdeutschen Bürgern die notwendige Resonanz gefunden haben, ist es keineswegs so, daß die Reaktion die westdeutsche Bevölkerung völlig hätte einschläfern können. Im Gegenteil, je unverschämter die Vertreter des staatsmonopolistischen Systems glauben, die Interessen der friedliebenden und demokratischen Öffentlichkeit vergewaltigen zu können, um so wachsamer und aktiver sind die Westdeutschen, nicht zuletzt auch durch unsere Warnungen, geworden.

So müssen wir zum Schluß die Kernfrage des Staatsmonopolismus und seiner „Perspektive“ anschnelden und die Frage stellen, ob das staatsmonopolistische Herrschaftssystem ein Ausdruck ungeheurer Machtentwicklung oder aber außerordentlicher Schwäche und Labilität ist. Auf einer Propagandistenkonferenz der SED Bezirksleitung Leipzig am 30. Januar 1965 beantwortete Prof. Otto Reinhold, Mitglied der Ideologischen Kommission beim Politbüro des Zentralkomitees der SED und Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, diese Grundfrage wie folgt:

„Ist das staatsmonopolistische System ein wesentliches Merkmal der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus, oder ist es etwa eine Überwindung der allgemeinen Krise des Kapitalismus? Mir scheint die Einschätzung des staatsmonopolistischen Systems außerordentlich wichtig zu sein für die Beantwortung dieser und vieler anderer Fragen. Wenn man das staatsmonopolistische System betrachtet, muß man unbedingt unterstreichen, daß es nicht ein Ausdruck der Stärke des Imperialismus ist, sondern ein Ergebnis der Schwäche des Imperialismus und ein Ergebnis der Widersprüche des Imperialismus, ein Versuch, die Widersprüche und Schwächen des Imperialismus zu meistern durch die Entwicklung neuer Herrschaftsformen, die zugleich neue Widersprüche hervorrufen.“¹⁴⁾

Die allseitige Schwäche des Systems besteht letztlich in dem Gegensatz zwischen den Millionären und den Millionenmassen, die die Millionenwerte schaffen. Wenn alle diese Werkstätigen überall bewußt und einheitlich ihre Kräfte den Staatsmonopolisten entgegenstellen, läßt sich möglicherweise das gesamte System – trotz aller Perfektionierung – gerade wegen seines Totalitarismus von einem neuralgischen Punkt aus mit einem Schlage aus den Angeln heben, gilt doch auch hier: „Allzu straff gespannt zerspringt der Bogen!“

Noch wirken aber die realen Gegenkräfte zersplittert, jedoch fehlen sie nicht. Steht heutigentags doch die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung mit ihren größten Verbänden erstmals weiter links als die SPD, deren breite Massen sich ebenfalls in ihr nur organisiert haben, weil sie sich eine wirksame Opposition gegen den Staatsmonopolismus versprochen; gärt es doch auch in den Kreisen der Christen und der Liberalen, der Künstler, Wissenschaftler und Schriftsteller, die von Erhard als „Banansen“ und „Nichtsköner“ abgekanzelt werden. In der CDU/CSU gibt es einen gemäßigeren Flügel, und selbst die Radikalen schwanken in ihrer Anlehnung an die Amerikaner oder die Franzosen. Auch unter den Mittelschichten geht der Differenzierungsprozeß immer weiter, zerbrechen doch täglich unter dem Druck des staatsmonopolistischen Systems Bauern, Handwerker, Gewerbetreibende und Händler, die zu einem eigenständigen Urteil über das „westdeutsche Wirtschaftswunder“ gelangen. Schließlich beginnen auch in Westdeutschland genügend Köpfe darüber nachzudenken, wieso ein so „starker“ Staat wie der westdeutsche am 13. August 1961 und bei anderen Gelegenheiten solche empfindlichen Niederlagen hat einstecken müssen. Jedes Nachdenken über die „formierte Gesellschaft“ muß den Widerspruch zwischen Ideal und nackter Wirklichkeit sichtbar machen und der Perspektivlosigkeit dieser bei uns überwundenen Epoche offenbaren.

¹⁴⁾ zitiert nach: Über Probleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland. Materialien einer Propagandistenkonferenz, hrsg. v. d. Bildungsstätte der SED-Bezirksleitung Leipzig, 1965, S. 17.

Der 11. Parteitag der Christlich-Demokratischen Union vermittelte uns wichtige Erkenntnisse nicht nur über die Mitgestaltung der Perspektive unserer Republik, sondern wies uns auch den Weg im Kampf gegen die imperialistisch-militaristische Herrschaft in Westdeutschland.

„So erwiesen bereits die ersten Monate der Arbeit für die Verwirklichung der Beschlüsse des 11. Parteitages, daß unsere Christlich-Demokratische Union mit ihnen den sicheren Leitfadern zur Lösung ihrer Aufgaben beim umfassenden Aufbau des Sozialismus, im nationalen Kampf und in der politisch-ideologischen Erziehung und Weiterentwicklung der Unionsfreunde besitzt.

Die verstärkten Aggressionsvorbereitungen der Bonner Ultras dagegen fanden ihren schärfsten Ausdruck in dem 13. Parteitag der westdeutschen CDU (März 1965 in Düsseldorf), auf dem das antinationale Programm der aggressivsten Kreise des westdeutschen Monopolkapitals deutlicher denn je herausgearbeitet und das Hauptziel der Revanchisten – die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu revidieren, die Vorherrschaft in Westeuropa zu erringen und die DDR zu liquidieren, um dann weiter nach Osten vorzudringen – zur Parteidoktrin der CDU/CSU erklärt wurde. –

Die Maßnahmen der DDR, die gemeinsam mit der Sowjetunion zum Zeitpunkt der Bundestagsprovokation in Westberlin ihre Verteidigungsbereitschaft bewies, wie auch der Kampf der demokratischen Massenbewegung in Westdeutschland vor allem gegen die Notstandsgesetze zeigten den Bonner Ultras die Grenzen ihrer Macht.“¹⁵⁾

Unser gesellschaftlicher Auftrag ist es, gegen die verderbliche Politik der CDU/CSU vorzugehen, alle Christen vor der von dorther drohenden Gefahr zu warnen und – entsprechend den neuen Kampfbedingungen in Westdeutschland – unserem Ringen um die Sicherung des Friedens und den gesellschaftlichen Fortschritt eine neue Qualität zu geben.

¹⁵⁾ Thesen zur Geschichte der Christlich-Demokratischen Union, beschlossen auf der V. Sitzung des Hauptvorstandes der CDU am 26. 6. 1965, nach der Beschlusvorlage Nr. 1. Als Manuskript gedruckt, Berlin 1965, S. 90.

Literatur

Hemberger, H., u. a.: Imperialismus heute – Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland (Thesen), in: Einheit 1/1965

15 Jahre Bundesrepublik – 15 Jahre Macht der Monopole, in: DWI-Berichte 17/1964

Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse Westdeutschlands, in DWI-Berichte 13/1964

Die Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital in Westdeutschland, in: DWI-Berichte 21/1964

Baumann, G. Atlantikpakt der Konzerne. Die internationale Kapitalverflechtung in Westdeutschland. „Quellen und Studien“ des Deutschen Instituts für Zeitgeschichte, Nr. 1, Berlin: Die Wirtschaft 1952

Wohlgemuth, Heinz: Die Perspektivlosigkeit des westdeutschen Imperialismus. Referat auf der Wissenschaftlichen Konferenz der Parteihochschule „Karl Marx“ beim Zentralkomitee der SED vom 26. März 1965 (Vorabdruck)

Reinhold, Otto: Die Machtkonzentration und der Mechanismus der Machtausübung durch das westdeutsche Monopolkapital. Referat auf der Propagandistenkonferenz der Ideologischen Kommission der SED-Bezirksleitung Leipzig am 30. Januar 1965. Als Sonderdruck hrsg. von der Bildungsstätte der SED-Bezirksleitung Leipzig.

Westdeutsche „Entwicklungshilfe“ für politische Erpressung, in: DWI-Berichte 8/1965

Erhards „Formierte Gesellschaft“, in: DWI-Berichte 12/1965

Götting, Gerald: Verhindert den Griff Bonns nach Atomwaffen, in: Sozialistische Demokratie, Berlin (24. Januar 1964) 4, Seite 2

Bach, August: Die Aufgaben der CDU beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Bulletin Nr. 2 des 11. Parteitages der CDU, Abschnitt II, S. 9 ff.

- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925-1934
- 110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt
- 112 Walter Bredendiek: Emil Fuchs und die Anfänge des Christlichen Arbeitskreises beim Friedensrat der DDR
- 113 Dr. Hubert Faensen: Der Beitrag des christlichen Schriftstellers zur sozialistischen Nationalliteratur
- 114 Prof. Dr. Hans-Hinrich Jenssen: Politische Diakonie im Sozialismus
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 116 Gerald Götting: Perspektive und Verantwortung junger Christen im Sozialismus
- 117 Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und nationale Wirtschaft
- 118 Gertrud Illing: Kreuzzugswahn in Vergangenheit und Gegenwart
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 120 Mein Bund ist Leben und Frieden (Die II. Allchristliche Friedensversammlung 28. 6. bis 3. 7. 1964 in Prag)
- 122 Otto Nuschke: Koexistenz - das ist heute der Friede
- 123/124 Johannes Zukertort: Hans von Seeckt
- 125 Gerald Götting: Die Mitarbeit der christlichen Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik dient der friedlichen Zukunft der Nation
- 126 Wolfgang Heyl: Wissenschaftliche Leitungstätigkeit - Voraussetzung neuer Erfolge
- 127 Prof. Dr. Neuhaus: Dauerhafte Friedensordnung durch Vertrauen und Verträge
- 128 Heinz Büttner u. a.: Sieg der Gemeinsamkeit - Glück des Volkes
- 129 Siegfried Welz: Die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz - Prinzip sozialistischer Außenpolitik
- 130 Gerald Götting: Wir gestalten das neue Deutschland
- 131 Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Der Aufbau des Systems ökonomischer Hebel in der Planwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik

- 132 Carl Ordnung: Politisches Handeln im Leben und Denken
Dietrich Bonhoeffers
- 133 Dr. h. c. Otto Nuschke: Verantwortung der Deutschen für
Sicherheit und Frieden (Hauptreferat auf dem
4. Deutschen Friedenskongreß im April 1955 in Dres-
den). Mit einer Einleitung von Walter Bredendiek
- 134 Wolfgang Heyl: Drei Parteitage – Worte und Wirklichkeit
in der Politik der CDU / CSU
- 135 Gerald Götting: Zwanzig Jahre Christlich-Demokratische
Union – zwanzig Jahre gemeinsamen Kampfes für
Frieden und Sozialismus, für das Glück des Volkes
- 136 Horst C. Herrmann: 20 Jahre danach – Deutschland und der
Geist von Potsdam
- 137 Pfarrer Károly Tóth: Aufgaben der Kirche in einer sich
wandelnden Welt – Bericht über die 19. Generalver-
sammlung des Reformierten Weltbundes
- 138 Günter Bauer: Wissen ist Macht – Die Mitverantwortung
der christlichen Demokraten für die Ausgestaltung
des sozialistischen Bildungssystems
- 139 Siegfried Baltrusch: Für Deutschlands Frieden und Deutsch-
lands Zukunft
- 140 Wolfgang Heyl: Zwanzig Jahre demokratische Bodenreform

Verkaufspreis 0,50 MDN – Doppelheft 1,- MDN